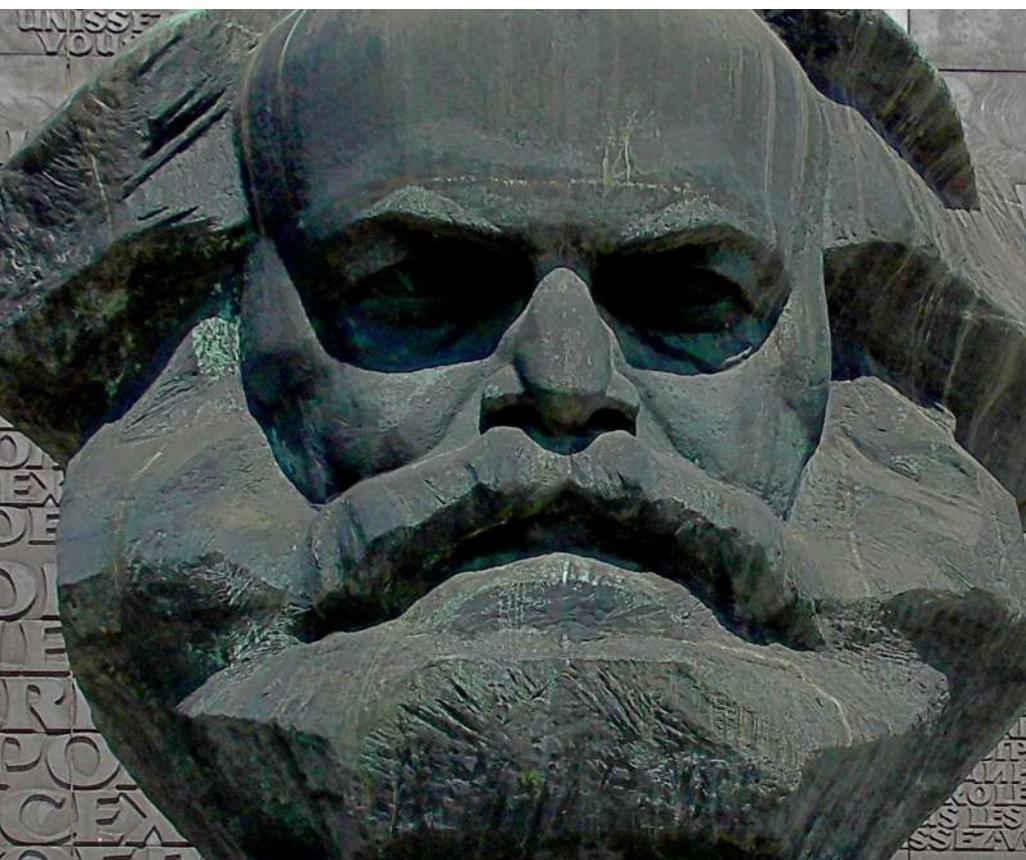


DISS-Journal



36 (2018)



Nach Chemnitz

Die Ereignisse von Chemnitz sind ein Signal. Sie verweisen auf die spektren- und milieuübergreifende Mobilisierungsfähigkeit der rechtspopulistischen und extrem rechten Kräfte in diesem Lande. Sie demonstrierten den Schulterschluss zwischen ‚besorgten‘ Bürgern, Anhängern und Mitgliedern von AfD, NPD, den Republikanern, Neonazis aus der Kameradschaftszene, aus den Parteien „Die Rechte“ und „Der dritte Weg“, aus dem Kreis rechtsextremer Hooligans und der Rechtsrock- und Kampfsportszene sowie Pegida-Anhängern und Aktivisten der Identitären Bewegung. Und sie zeugten ein weiteres Mal von der Halbherzigkeit der staatlichen Organe, von der Polizeiführung bis hin zu Teilen der sächsischen Landesregierung, im Umgang mit extrem rechten Auftritten und Artikulationen.

(Fortsetzung auf S.2)

IN DIESER AUSGABE

- 2** Nach Chemnitz: Gaulands Visionen
- 4** Hütchenspiele der AfD im NRW-Landtag
- 6** Anmerkungen zur Kulturpolitik der AfD
- 10** Humanitärer Schiffbruch: Das Ende der Seenotrettung?
- 13** Fünf Jahre nach Lampedusa
- 14** Zur Bekämpfung des Antiziganismus heute
- 16** Michael Heinrichs erster Band seiner Karl-Marx-Biografie
- 19** Eliten gefährden Demokratie
- 21** Wie funktioniert das Soziale?
- 22** Der NS – ein Kulturbruch?
- 24** Terrorismus und Gehorsam
- 25** Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne

IMPRESSUM

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

ADRESSE

DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg

KONTAKT

Telefon: 0203/20249
 Fax: 0203/287881
 E-Mail: info@diss-duisburg.de
 Homepage: www.diss-duisburg.de
 Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellersohn, Jobst Paul, Rolf van Raden (V.i.S.d.P., Adresse s.o.), Hans Uske

LAYOUT UND SATZ

Rolf van Raden, Hans Uske

SCHUTZGEBÜHR

4 EUR, kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises



(Fortsetzung von der Titelseite)

Nach Chemnitz: Gaulands Visionen

von Helmut Kellershohn

Foto: Olof Kosinsky (commons.wikimedia.org), Lizenz: creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/

Auf übergeordneter Ebene signalisierte die „Causa Maaßen“ nicht nur die Opposition von Teilen der Sicherheitsorgane gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, sondern auch die Gespaltenheit des Blocks an der Macht, repräsentiert durch den erneuten Konflikt zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer. Eine veritable Regierungskrise konnte nur abgewendet werden durch die Zustimmung des sozialdemokratischen Koalitionspartners zu einer überaus fragwürdigen „Mauschellei“ (Göring-Eckert), der Beförderung des entlassenen Verfassungsschutzpräsidenten auf den Posten eines Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, die dann nach einem öffentlichen Aufschrei wieder rückgängig gemacht werden musste, zugunsten eines „billigeren“ Arrangements.

Bemerkenswerterweise profitierte die AfD von den Ereignissen, zumindest in Ostdeutschland und dies trotz der Ausschreitungen und zahlreichen Übergriffe auf fremd erscheinende Menschen, Demonstrationsgegner und Polizisten, um deren Deutung als „Hetzjagden“ öffentlich gerungen wurde. Laut „Deutschlandtrend“ vom 06. September 2018 erreichte die AfD in Ostdeutschland 27 Prozent und lag damit erstmals vor der CDU (23 Prozentpunkte, Platz 2). Im gesamten Bundesgebiet verschlechterte sie sich dagegen um einen Punkt auf 16 Prozent.

Vor dem Hintergrund dieser Momentaufnahme ist das Interview des Bundesvorsitzenden der AfD, Alexander Gauland, von Interesse, in dem er gegenüber der FAZ seine Haltung zu den Ereignissen und seine Vision der weiteren Entwicklung seiner Partei unterbreitete (FAZ vom 05. September 2018). Nachdem er zuvor bereits in einem Interview mit der WELT die Ausschreitungen als ein „Ausrasten“, das „normal“ sei nach einer „solche[n] Tötungstat“, verharmlost und Verständnis für „Selbstverteidigung“¹ gezeigt hatte (Die Welt vom 29. August 2018), ging er nunmehr zum politischen Angriff über. Zum einen bezeichnete er die vorher so genannte „Tötungstat“ als „Mord“². Der

1 Die WELT hatte einen Tweet des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier zitiert: „Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. [Ganz einfach!] Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende ‚Messermigration‘ zu stoppen!“ Auf die Frage, ob er diese Ansicht teile, interpretierte Gauland die Aufforderung Frohnmaiers als Aufruf zur „Selbstverteidigung“, die er von (strafbarer) „Selbstjustiz“ abgegrenzt wissen will.

2 Die „Gemeinsame Erklärung von Alexander Gauland, Jörg Meuthen, Alice Weidel, Georg

sei eine „Folge der Merkelschen Flüchtlingspolitik“ und der „Protest von vielen Menschen“ legitim. Die AfD sei eine „ur-demokratische Partei, geradezu anarchisch-demokratisch“ und habe nichts „mit verfassungsfeindlichen Organisationen oder nationalsozialistischen Ideen“ zu tun.

Zum anderen skizziert er sein Demokratieverständnis unter Bezugnahme auf die „friedliche Revolution“ von 1989.³ Kern seiner Argumentation ist die Unterscheidung zwischen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO) und dem „politische[n] System im Sinne des Parteiensystems“. Obwohl diese Unterscheidung hinsichtlich der Parteien im Grundgesetz keine Grundlage hat, diese vielmehr (Art. 21 GG), soweit sie in „ihre[r] innere[n] Ordnung [...] demokratischen Grundsätzen entsprechen“ (Abs. 1), als substantieller Bestandteil der „freiheitliche[n] demokratische[n] Grundordnung“ (Abs. 2) deklariert werden, hält es Gauland für angebracht, „dass das politische

Pazderski, Kay Gottschalk“ vom 03.09.2018 spricht von „Tötung“.

3 Die Interviewer hatten die Frage gestellt, ob man sich nicht Sorgen müsse, wenn in der AfD eine „zweite ‚friedliche Revolution‘ wie 1989 gefordert [werde], also ein Systemsturz“.

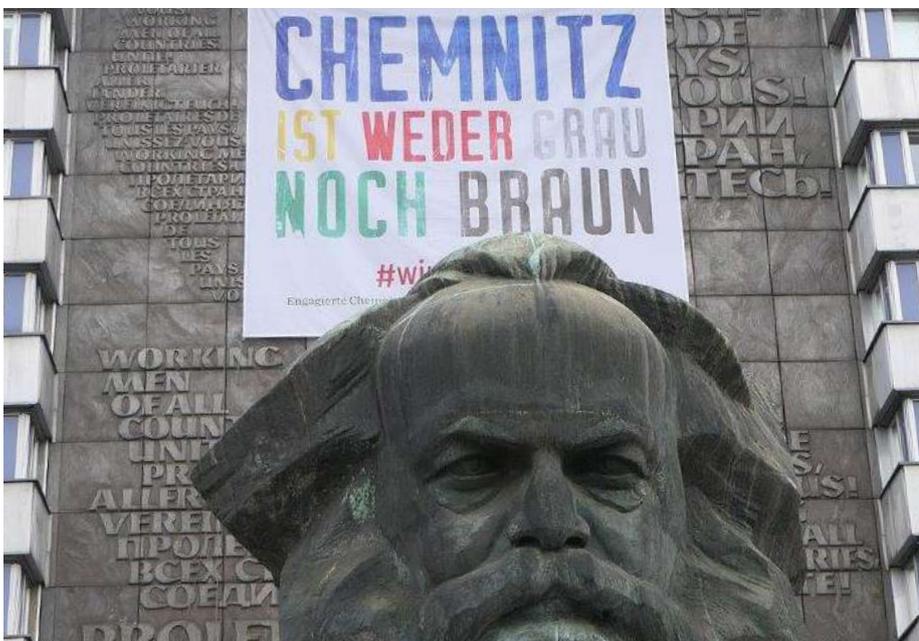
System im Sinne des Parteiensystems geändert werden“ müsse, ja, „dass dieses politische System wegmuss“, nicht aber die FDGO. Auf die Nachfrage hin, ob eben das nicht eine Revolution sei, die die grundgesetzlich verbürgten Institutionen angreife, versucht Gauland zu präzisieren: Er sei gegen das „politische System“, gegen „die Parteien, die uns regieren“, gegen „das System Merkel“, gegen die „die die Politik Merkels“ mittrügen – das seien „auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien“; die wolle er „aus der Verantwortung vertreiben“. Und das könne „man eine friedliche Revolution nennen“, sei „aber kein Umsturz der grundgesetzlich garantierten Ordnung“, die vielmehr „Ausdruck dessen [sei], was wir erreichen wollen“.

Gaulands Argumentation beruht auf einer für einen Juristen bemerkenswerten begrifflichen Unschärfe und Doppelbödigkeit. Einerseits spricht er das politische System als verfassungsrechtlich verankerter institutioneller Rahmen des Politischen (Parteiendemokratie) an, andererseits das politische System als eine bestimmte Parteienkonstellation („Altparteien“) und Regierungsweise („System Merkel“). Einerseits beruft er sich auf die FDGO als Maßstab des eigenen politischen Strebens; andererseits unterstellt er, dass die nach Maßgabe eben dieser FDGO korrekt zustande gekommene Regierungskonstellation in Wirklichkeit ein undemokratisches Regime („Merkel-Diktatorin“⁴) sei, demgegenüber die AfD als einzige „urdemokratische“ Kraft das Recht habe, dieses Regime zu „vertrei-

4 Zit. nach FAZ vom 05.06.2016 („Gauland nennt Merkel ‚Kanzler-Diktatorin‘“).

ben“. Diese Vertreibungsphantasie rekurriert assoziativ auf das Vorbild und das heißt auch auf die Mittel der „friedlichen Revolution“ von 1989. Gauland bringt damit zum Ausdruck, dass der Gang zur Wahlurne bei Parlamentswahlen alleine nicht ausreicht, um dem von der AfD in ihrer populistischen Rhetorik immer wieder beschworenen ‚Volkswillen‘, den exklusiv zu vertreten man vorgibt, Geltung zu verschaffen. Die Palette reicht von „Selbstverteidigungs“-Aktionen à la Chemnitz über die Delegitimierung der (anderen) Parteien, denen die „Ausbeutung des Staates“ zum Vorwurf gemacht wird, bis hin zur Propagierung eines plebiszitär-autoritären Staates, in dem Parteien allenfalls noch eine residuale Bedeutung beigemessen wird.⁵ Dieser Umbau des Staates wäre allerdings gleichbedeutend mit einer Zerstörung des institutionellen Gefüges des politischen Systems – und nicht nur eine Zerstörung des „System Merkel“. FAZ-Herausgeber Berthold Kohler, dem man keine Vorliebe für die politische Linke nachsagen kann, hat Gauland in einer Kommentierung seines Interviews den Titel eines „Brandstifter[s] im Biedermann-Sakko“ (FAZ vom 05.09.2018) verliehen. Das ist treffend.

5 Zur „Ausbeutung des Staates“ durch die Parteien – eine Denkfigur Carl Schmitts – vgl. das AfD-Grundsatzprogramm 2016, 11; zum Konzept des plebiszitär-autoritären Staates im Grundsatzprogramm vgl. Helmut Kellershohn: Nationale Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis, in: Ders./Wolfgang Kastrup (Hg.): Kulturkampf von rechts, Münster 2016, 24-25.



Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)



Jobst Paul, Regina Wamper,
Isolde Aigner (Hg.)

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa
Edition DISS Band: 40
Münster: Unrast
230 Seiten, 24 Euro

In verschiedenen Ländern Europas kam es in den letzten Jahren zu einem massiven Rechtsruck. Nicht nur bei Wahlen gewannen extrem rechte Parteien und Bewegungen an Zuspruch, sondern auch in Form ihrer Präsenz auf der Straße. Diese Entwicklungen spielen sich vor allem ab vor dem Hintergrund verstärkter Fluchtbewegungen nach Europa, der damit zusammenhängenden administrativen Krise sowie im Kontext islamistischer Anschläge wie in Paris oder Brüssel. Ein weiterer Kontext dieses europäischen Rechtsrucks ist zweifellos eine global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die er letztlich weitertreibt. Breite Widerstände bleiben weitgehend aus.

Mit Beiträgen von Jobst Paul, Tino Heim, Margarete Jäger, Regina Wamper, Isolde Aigner, Roisin Ludwig, Helmut Kellershohn, Johannes Richter, Martin Dietzsch, Sebastian Chwala, Cordelia Heß, Lara Schultz, Graeme Atkinson und Stacey Blatt

»Der Sammelband stellt die Frage nach den Faktoren, die die Entstehung der neueren rechten Bewegungen begünstigt haben, aber auch nach Wechselwirkungen und möglichen Gegenstrategien.« der rechte rand, Jan. 2018

Hütchenspiele der AfD im NRW-Landtag

Eine DISS-Arbeitsgruppe untersucht rhetorische Strategien von AfD-RednerInnen.

Von Jobst Paul

Schon 2013 beschrieb der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker die Strategie der AfD als Versuch, ihre Politik und ihre Rhetorik der Ungleichheit in ein bürgerliches Image zu verpacken. Der weitere Erfolg der Partei hänge dann, so die These von Jan Ackermann im Anschluss an Decker, davon ab, ob sie weiterhin der Öffentlichkeit ein bürgerlich-liberales Bild präsentieren könne, „während gleichzeitig andere Parteimitglieder rechts-populistische Positionen und Rhetoriken bedienen“.¹

In einer vorläufigen Sondierung hat nun eine Arbeitsgruppe am DISS (Janina Rott, Jobst Paul) den Versuch unternommen, auffällige inhaltliche und rhetorische Muster in parlamentarischen AfD-Argumentationen zu ermitteln. Untersuchungsgegenstand waren sechs, im Landtag von NRW zwischen 2017 und 2018 gehaltene Reden von vier AfD-Abgeordneten (nachfolgend V., B., S., WD.), alle mit einer akademischen Ausbildung. Dabei wurde die eine Hälfte der Reden per Zufall ermittelt, die andere Hälfte wurde danach betreffend der Thematiken, der RednerInnen und der Anlässe gezielt ausgewählt.

1 Jan Ackermann: Der (Rechts-)Populismus und die AfD. Zum Extremismustheoretischen Verständnis des (Rechts-)Populismus bei Franz Decker, in: DISS-Journal 29/2015, 9; Frank Decker: Das Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 3, 323-342.

Die Sondierung diente der Vorbereitung einer systematischeren Untersuchung, die dann das Ziel der ‚Vollständigkeit‘ der Befunde anstreben wird. Dennoch erbrachte bereits die vorbereitende Untersuchung interessante Ergebnisse, die Deckers Diagnose aus dem Jahr 2013 zu bestätigen scheinen.

So versuchen drei RednerInnen (V., S., WD.)², über (medizinische, rechtliche) Fachdiskurse nachzuweisen, dass sie für Sachlichkeit stehen, dass sie das geltende Recht als Grundlage anerkennen und dass sie einer verantwortlichen bürgerlichen Mitte angehören. In einem Fall (WD.) misslingt dieser Versuch allerdings, indem sich hier der ‚Sachdiskurs‘ als fehlerhaft und manipulativ erweist.

Noch auffälliger sind Versuche (insbesondere V.), sich als Anhänger linker, grüner, ökologischer oder auch liberaler Positionen zu inszenieren, sich für Frauen und für Minderheiten einzusetzen, bzw. das Recht auf körperliche Selbstbestimmung zu verteidigen und die Grundsätze der umgekehrten Diskriminierung zu teilen. Hinzu kommen Versuche, über vermeintlich ‚private‘ Hinweise Glaubwürdigkeit und Authentizität zu erreichen (V.).

Die RednerInnen verfügen aber über ein noch effektiveres Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, nämlich durch das Anprangern tatsächlich bestehender gesellschaftlicher und politischer Defizite

2 Plenarreden im NRW-Landtag der AfD-Landtagsabgeordneten Roger Beckamp (B.); Herbert Strotebeck (S.); Gabriele Walger-De molsky (WD.); Martin Vincentz (V.) vom 12.7.2017, 29.11.2017 und vom 16.5.2018.

(V., S.). Sieht man zunächst davon ab, dass dazu überwiegend (d.h. bis auf eine Ausnahme) keine sachlichen Lösungsvorschläge gegeben werden, man also vom instrumentellen Charakter dieses Anprangerns ausgehen muss, ergibt sich eine respektable Liste: So wird sogar (siehe oben!) die Diskriminierung von Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt kritisiert (V.), ebenso aber auch eine wenig vorausschauende Politik hinsichtlich des technologischen Wandels, der Globalisierung und weltweiter Konkurrenz, ebenso wie der Widerspruch zwischen erhöhtem Bedarf an Sozialhilfen und einem investitionsfeindlichem Klima. In Frage gestellt wird zudem die künftige Finanzierbarkeit der Beamtenpensionen (S.).

Der instrumentelle Charakter des ‚Anprangerns‘ tritt insbesondere dort hervor, wo die RednerInnen letztlich alle angeführten Missstände auf fehlende Finanzen schieben und den Geldmangel wiederum auf den immer gleichen Grund, nämlich auf die Finanzierung von Geflüchteten, Migranten, Muslimen (V., S.) zurückführen. Über dieses Nadelöhr der Argumentation kommen die RednerInnen in einem diametralen Schwenk dann schließlich auf ihre eigentlich anvisierten Aussagen und auf ihr ‚eigentliches‘, anti-migrantisches Thema zu sprechen.

Allerdings nicht ohne eine letzte Finte, die noch einmal als bürgerliches ‚Mitte‘-Signal zu verstehen ist: Dabei unterstreichen die RednerInnen (V., B.), dass in Deutschland die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere die Gleichberechtigung, insbesondere die Gleichberechtigung der Frau und die Gleichberechtigung



Foto: Olaf Kosinsky (commons.wikimedia.org), Lizenz: creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de

Homosexueller, bereits verwirklicht sind, was es den RednerInnen erspart, diese Rechte einfordern und sich als ihre Vorkämpfer inszenieren zu müssen. Das würde angesichts des Familienbilds der AfD auch schwer fallen. Stattdessen schenken die RednerInnen die Rolle der alleinigen GG-Feinde Geflüchteten, Migranten, Muslimen zu.

Dieser Finte kommt erhebliche Bedeutung zu, denn sie dient offenbar dazu, vom zentralen rhetorischen Ziel aller vier RednerInnen abzulenken – nämlich von der teilweise abenteuerlichen Umdeutung von Gleichheitstheoremen in Ungleichheitstheoreme, d.h. von einer gegen Recht und GG gerichteten Polemik.

So führt ein Redner (V.) vor, wie diskriminierend der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung ist, während erst die Diskriminierung (Unterscheidung) von Menschen zu Gleichheit führe. Ein anderer Redner (B.) versucht nachzuweisen, dass die Begriffe Heimat und Zugehörigkeit erst Sinn machen, wenn sie als Ausschluss und Ausgrenzung praktiziert werden. Zwei RednerInnen (S., WD.) wiederum führen vor, dass der Begriff der Geduldeten eigentlich meint, die Betroffenen sofort abzuschleppen. Und schließlich löst ein Abgeordneter (V.) vor unseren Augen die ökologische Krise, indem er ein „Gesund schrumpfen“ der Weltbevölkerung, aber eine massive Vermehrung der Deutschen empfiehlt.

Einen quantitativ großen Teil der Argumentation nehmen Herabsetzungen und polemische Beleidigungen ein. So verwendet ein Redner (B.) das massiv herabsetzende Fäkal-Motiv (mit den Asso-

ziationen Geruch, Abfall), um damit – in Anlehnung an eine ähnliche Metaphorik Alexander Gaulands – die Zugehörigkeit von Menschen ‚zu einer anderen Kultur‘ zu signalisieren. Ein Redner (V.) charakterisiert ‚Armutsmigranten‘ hauptsächlich über das Erzählmotiv der Dummheit und des Fress-Motivs (des Ausplünderns der Sozialkassen, bzw. des Kriminalitäts-Stereotyps) (S., WD.).

Darüber hinaus werden ‚Armutsmigranten‘ mit einem ‚warmen Milieu‘ in Verbindung gebracht (V.), das Faulheit signalisieren kann, aber auch einen Ort, an dem Bakterien und Erreger wachsen können. Eine Rednerin (WD.) errichtet eine Drohkulisse, indem sie eine ‚Zählung‘ bestimmter Migranten fordert. Sie knüpft damit nicht nur an einen rechtspopulistischen italienischen Diskurs (zur ‚Zählung von Sinti und Roma‘) an, sondern in Deutschland selbstverständlich auch an die ‚Juden-Zählung‘ im NS-Staat.

Insgesamt verweisen diese Beispiele darauf, dass die RednerInnen von einer einfach herabsetzenden, z.B. rassistischen oder sexistischen Rhetorik zu einer eher totalitär gerichteten Vertreibungsmetaphorik übergegangen sind, in der potenziell das Vernichtungskalkül inbegriffen ist. Gefordert wird ‚die Tat‘ („Ordnung“, S.) über geltendes Recht hinweg, was freilich eine Führer- und Führungsebene voraussetzt, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Damit wird aber auch der außerordentlich reduzierte Status des „Volks“ offenbar, das die AfD-RednerInnen zu vertreten vorgeben.

Tatsächlich spielen in ihrer – ohnehin nur schemenhaften – politischen Agenda

die Förderung von Bildung und Kultur ‚des Volkes‘ keine Rolle. Vielmehr definieren die RednerInnen ihr Interesse am ‚Volk‘ weitgehend über die Finanzen, denen sowohl die Familien- und Reproduktionspolitik untergeordnet ist. Diese programmatische Position kommt vor allem im Bild des hart arbeitenden ‚deutschen Michel‘ (V.) auf den Punkt, der keine Fragen stellt und in der Rolle des Arbeitstiers und im Status der ‚Dummheit‘ verharrt. Zwar wird beklagt, dass ‚das Volk‘ nicht erkennt, dass es von einer ‚Verräter-Gruppe‘ (die Parteien, Regierungen, Parlamente) ausgebeutet wird, doch ist die Emanzipation des ‚deutschen Michel‘ für den Redner nicht die Option: Es geht ihm offenbar nur darum, als Macht an die Stelle der ‚Verräter-Gruppe‘ zu treten.

Der ‚Verräter-Gruppe‘ widmen die RednerInnen daher weitere Herabsetzungen. Sie ist faul, egoistisch, verschlagen und genussüchtig (V.) und erliegt daher dem Charme der migrantischen, überwiegend muslimischen Eindringlinge (S., WD.).

Es bleibt einer erheblich umfassenderen Untersuchung vorbehalten, einerseits die jetzigen Befunde abzusichern, durch weitere Facetten der AfD-Rhetorik im NRW-Landtag zu ergänzen und insgesamt eine vertiefte Kontextualisierung der untersuchten Reden vorzunehmen. Die Aussagen- und Argumentationsanalyse der jetzt abgeschlossenen Sondierung wurde erstmals mit Hilfe des Leitfadens zur Analyse herabsetzender Texte und Aussagen (Binarismusanalyse) durchgeführt, der soeben im Wochenschau-Verlag erschienen ist.

Anmerkungen zur Kulturpolitik der AfD

Von Sandra Schaffarczik

Das Grundsatzprogramm der AfD sowie die Wahlprogramme aus NRW und Sachsen beinhalten kulturpolitische Absichten, die große negative Folgen für das deutsche Bildungssystem sowie den Bereich der Kunst haben könnten. Eine Analyse der Wahlprogramme soll diese Absichten offenlegen und veranschaulichen, was uns mit der AfD erwartet. Zuerst erscheint es aber unabdingbar, Begriffe wie „Kultur“ und „deutsche Leitkultur“ knapp zu umreißen, um diesbezügliche Einstellungen besser reflektieren zu können.

Was bedeutet „Kultur“? Bis zum 18. Jahrhundert wurde der Begriff der Kultur noch nah am lateinischen Wort „cultura“ definiert, das die Pflege des Ackerbaus bezeichnet. Erst ab dem 18. Jahrhundert bezieht sich Kultur auf die Bildung des Menschen. Diese Definition weitet sich dann ab dem 19. Jahrhundert allmählich aus: Kultur wird zur geistigen Gesinnung und bezieht sich auf das Niveau der intellektuellen Entwicklung einer Gesellschaft, Kunst und Lebensform. „Unter Kultur versteht man heute im weitesten Sinne oft das, was Menschen tun, um sich in natürlichen oder künstlichen Umwelten zu behaupten“ (Dieter Haller). Allerdings entstehen auch problematische Konnotationen des Begriffs, wie sie die AfD heute benutzt. Der Begriff wird hier an ein Territorium gebunden und hierarchisch nach besseren und schlechteren Kulturen sortiert. Die rationale sowie emotionale Identifikation der Individuen erfolgt dann über die ‚eigene‘ Kultur und grenzt sich von dem Anderen, dem ‚Fremden‘ ab. Dadurch, dass das Negative dem Anderen zugeschrieben wird, wird die eigene Wir-Gruppe aufgewertet, Ge-

meinsamkeiten werden ausgeblendet und das Fremde wird noch fremder.

Deutsche Leitkultur

Das Kulturverständnis der AfD orientiert sich laut ihres nordrhein-westfälischen Wahlprogramms an „humanistisch-abendländischen Werten und Normen“ (Wahlprogramm AfD NRW 2017, 13). Diese Werte bilden die „Deutsche Leitkultur“, die sich, so das Grundsatzprogramm, aus drei Quellen zusammensetzt. Die erste Quelle bilde die Überlieferung des Christentums, die zweite die wissenschaftlich-humanistische Tradition und die dritte das römische Recht (Grundsatzprogramm AfD 2016, 47). Zudem betont die AfD, dass die deutsche Sprache das Zentrum der Identität bilde. Es geht ihr um eine kulturelle Einheit, die sich über die Sprache und gemeinsame Werte definiert. Diese Werte sollen dann vor allem im Bildungswesen Einzug halten und für die Bildung einer neuen Elite, bestehend aus einer homogenen Gruppe „Biodeutscher“ mit eben diesen nationalen Werten, förderlich sein. Die „deutsche Leit-

kultur“ soll dem „Multikulturalismus“ Einhalt gebieten, denn laut AfD gefährde er alle „kulturellen Errungenschaften“ (Bundestagswahlprogramm AfD 2017, 45). Diese „deutschen“ kulturellen Errungenschaften sollen zukünftig im Vordergrund stehen und nicht etwa durch den kulturellen Eigensinn von Muslimen behindert werden. Folglich heißt es im Wahlprogramm: „Integration heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen“ (ebd.). Anpassung bedeutet dann, dass Muslime die deutsche Kultur weitgehend übernehmen, „jeder Einwanderer [habe] eine unabdingbare Bringschuld“ (Grundsatzprogramm AfD, 63). Andererseits zweifelt die AfD an der Integrationsfähigkeit von Muslimen: „Eine fortgesetzte Zuwanderung von Menschen mit denkbar schlechten Integrationsaussichten verschärft die bestehenden Probleme“ (ebd.). Die Auswirkungen dieser Probleme sieht die AfD nicht zuletzt im Bildungsbereich und fordert z.B. die Abschaffung von „Sonderrechte[n] für muslimische Schüler“ (vgl. Grundsatzprogramm AfD, 55).

Autoritäres Bildungssystem

„Eine Ökonomisierung und Globalisierung des deutschen Bildungswesens wird es bei uns nicht geben“, so heißt es im Bundestagswahlprogramm (2017, 43). Doch immer wieder lassen programmatische Aussagen finden, an denen deutlich ablesbar ist, dass nicht die Persönlichkeitsentwicklung des Individuums im Vordergrund steht, sondern „Leistungshomogenität“ (Wahlprogramm AfD NRW 2017, 13) und die „Konkurrenzfähigkeit unserer Wirt-

„Dabei erläutert die AfD nicht, was genau die ‚deutsche Leitkultur‘ eigentlich sein soll, die Formulierungen aus den Programmen decken freilich die dahinter stehende Ideologie auf.“

schaft“ (Bundestagswahlprogramm 2017, 43). Individuelle Förderung, bei der verstärkt auf einzelne Schwächen von Schülern eingegangen wird, soll durch Lernen im traditionellen Gruppenverband ersetzt werden. Das ganze Schulsystem müsse nach dem „jeweils höchsten Niveau in Deutschland“ (ebd.) ausgerichtet werden.

Plenumsunterricht – dieser Begriff hat den aufgeladenen Begriff des Frontalunterrichts abgelöst, in dem Lehrer_innen die wesentliche Steuerungsfunktion übernehmen –, Ausbau der Förderschulen anstelle von Inklusion, dreigliedriges Schulsystem, das Abitur wieder als „Ausweis der Studierfähigkeit“ (ebd.), all diese Forderungen signalisieren den Anspruch, eine nationale Elite zu fördern und alles auf leistungsstarke Schüler_innen auszurichten. Dabei ist bekannt, dass Schüler_innen aus sozioökonomisch ‚schwachen‘ Verhältnissen deutlich seltener das Gymnasium besuchen; geht es nach der AfD, soll das zukünftig auch so bleiben. Schüler_innen mit Defiziten aufgrund ungleicher Ausgangsvoraussetzungen werden dann auf Förderschulen verbannt, ausgeschlossen und ausgegrenzt.

Die AfD kritisiert nicht nur das derzeitige Schulsystem und die sogenannte „neue Lernkultur“, die „zu massivem Leistungsabbau bei den Schülern geführt“ (ebd.) habe, sondern auch die für Aufmerksamkeit sorgende PISA-Studien, insofern sich die „Schulaufsicht zu Handlangern der Testindustrie [habe] machen“ (ebd.) lassen. PISA (Programme for International Student Assessment) ist ein Forschungsprogramm zum internationalen Vergleich von Schüler-

leistungen, an dem sich weltweit 32 Länder beteiligen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit, in der Regel mit 15 Jahren bzw. in der 9. Klasse, werden Leseverständnis, mathematische und naturwissenschaftliche Fähigkeiten untersucht. Die PISA-Studie wird allerdings auch von Bildungsforschern seit Jahren stark kritisiert. Die AfD scheint diese Kritik für sich nutzen zu wollen und spricht sich gegen ein kompetenzorientiertes Lernen aus. Denn PISA misst eben die „Basiskompetenzen“ von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. „Von Bildung ist also gar nicht die Rede“, betont Jochen Krautz, Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal. Bildung könne mit quantitativen Methoden gar nicht gemessen werden, PISA zielt auf „rein zweckorientiertes Denken und ökonomische Verwertbarkeit von funktionalem Wissen“ (Krautz 2012). Ebenso entsprächen die Reformen der letzten Jahre gerade nicht der eigentlichen Aufgabe von Bildung, sondern seien Ausdruck einer „neoliberalen[n] inspirierten[n] Bildungsökonomie“ (ebd.). Bildungsökonomische Analysen verzerrten die Wirklichkeit und verfehlten somit die Komplexität von Bildungsprozessen. Prominente Autoren könnten selbst nichts darüber aussagen, wie die derzeitigen Bildungsdefizite zu beseitigen seien. Kritik dieser Art greift die AfD dankbar auf und macht deutlich, dass es ihr um traditionelle Lösungen für Bildungsdefizite und um die Etablierung ihres eigenen autoritären und elitären Bildungsverständnisses geht.

Dies setzt sich in der Hochschulpolitik fort: „Deutschland muss ein Land

Kulturkampf von rechts

AfD, Pegida und die Neue Rechte



Helmut Kellershohn | Wolfgang Kastrup (Hg.)



Wolfgang Kastrup,
Helmut Kellershohn (Hg.)
Kulturkampf von rechts
AfD, Pegida und die Neue Rechte
Edition DISS Band: 38
Münster: Unrast
244 Seiten, 24 Euro

An Phänomenen wie Pegida und der AfD zeigt sich deutlich der Rechtsruck, der zurzeit durch Deutschland geht. Die Ausbreitung rechter Ideologeme in der Mitte der Gesellschaft hat durch die aktuelle Flüchtlingspolitik einen gewaltigen Schub erhalten. Der Vertrauensverlust vieler Menschen in die politische Klasse ist aber nicht nur Ausdruck einer politischen Krise, sondern auch das Resultat der Krisenprozesse kapitalistischer Ökonomie in den letzten Jahren. Neurechte Gruppierungen und Netzwerke stehen bereit, diesen Menschen mit völkischer Ansprache Orientierung zu bieten. Das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) widmet sich dem Thema »Kulturkampf von rechts« in gewohnt kenntnis- und aufschlussreicher Art und Weise.

Mit Beiträgen von Floris Biskamp, Julian Bruns, Marvin Chlada, Sebastian Friedrich, Richard Gebhardt, Kathrin Glösel, Mark Haarfeldt, Alexander Häusler, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Andreas Kemper, Julia Meier, Jobst Paul, Rolf van Raden und Nata-scha Strobl.



Helmut Kellershohn (Hg.)
Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten

Edition DISS Bd. 23
330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentallopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien.

Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen.

Edition DISS Bd. 28,
288 Seiten, 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.



der Spitzenforschung bleiben“ – dazu sollen sich deutsche Hochschulen per Aufnahmeprüfungen zukünftig ihre Student_innen selbst aussuchen dürfen, ein weiterer Nährboden für Diskriminierung und Ausgrenzung entsteht. Zwar existiert bereits durch den Numerus Clausus ein strenges Auswahlssystem, dieses ist aber nur abhängig von zuvor erzielten Noten. Eigene Auswahlverfahren der einzelnen Hochschulen könnten den Prozess intransparenter machen, wie ausgewählt wird, und welche Faktoren bei der Auswahl berücksichtigt werden, bleibt offen. Zu befürchten ist dann allerdings, dass noch mehr als bisher schon soziale Faktoren eine Rolle spielen könnten. Der Konkurrenzkampf, der bereits in der Schule beginnt, spitzt sich dann zu, wenn es darum geht einen Studienplatz zu ergattern. Alles wird auf das „Leistungsprinzip“ hin ausgelegt (vgl. Grundsatzprogramm AfD, 53).

Progressiver vs. regressiver Neoliberalismus

Die derzeitigen Mängel unseres Bildungssystems nutzt die AfD gezielt, um das Ende des progressiven Neoliberalismus einzuläuten. Der Begriff des progressiven Neoliberalismus, geprägt von der US-amerikanischen Feministin Nancy Fraser, beschreibt ein Bündnis „zwischen tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus [...]) und andererseits kommerziellen, oft dienstleistungsbasierten Sektoren von hohem Symbolgehalt [...]“ (Fraser 2017). Gegenüber der Verbindung von Markt- und Reformorientierung, die sich um Begriffe wie „Vielfalt“ und „Toleranz“

rankt, steht der regressive Neoliberalismus, der sich an traditionellen Werten und Regulationsweisen orientiert und wieder Bezug auf die Nation nimmt. Diese Vorstellungen durchziehen die Programmatik der AfD und beeinflussen so auch alle kulturpolitischen Entscheidungen. Der Bezug auf ein ‚Volk‘, das sich durch ethnische Homogenität auszeichnet, ergänzt hier die Idee des Marktprinzips, für die jede Variante des Neoliberalismus steht.

Die ökonomische Vernunft in der Kunst

Nicht nur im Bildungsbereich korrespondieren neoliberale und nationale Gedanken miteinander. Die AfD will auch Kunst und Kultur „an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten“ (Grundsatzprogramm AfD, 48). Doch wer entscheidet über fachliche Qualitätskriterien? Die „ökonomische Vernunft“ bedeutet aus der Sicht der AfD zuallererst, Entscheidungen so zu treffen, dass das Wachstum der Wirtschaft gesteigert wird. Auf dem Feld der Kunst kann dies nur durch eine Bevorzugung kommerzieller Kunstprojekte erreicht werden. Da Kulturförderung also zukünftig vom Erfolg abhängig gemacht werden soll, werden es kleinere Kunstprojekte wohl schwer haben, wenn die AfD den Vorsitz des deutschen Kulturausschusses erhalten sollte.

Gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerliche Kulturinitiativen sollen gestärkt werden, doch gerade private Stifter_innen beeinflussen die Auswahl der Projekte durch selbst definierte Kriterien, sodass es ihren Vor-



stellungen entspricht. So erläutert die Bundeszentrale für politische Bildung auf ihrer Homepage: „Kulturstiftungen arbeiten – wie andere Stiftungen auch – fördernd, d.h., sie nehmen Anträge entgegen, und/oder operativ, d.h. in Eigenvorhaben“ (bpb 2004). Das Vermögen dieser Stiftungen sei zudem sehr begrenzt: „Die Mittel, die sie für die Kultur zur Verfügung stellen, betragen rund ein Prozent der Ausgaben für Kultur insgesamt“. Letztendlich müssten dann also erhebliche Investitionen folgen, um die Stiftungen zu stärken. Der Einfluss der Politik würde durch private Anliegen ersetzt werden und projektbezogene Förderung an Stelle einer kontinuierlichen staatlichen Förderung treten. Die AfD strebt damit eine Entpolitisierung und Neutralisierung des Kunst- und Kulturbetriebs an und hofft damit, den Weg für eine Konzentration des Kunst- und Kulturschaffens auf das nationale „Kulturerbe“ frei zu machen.

Fazit

Die Kulturpolitik der AfD fußt auf einem national verengten Kulturverständnis. Mit der Etablierung einer „deutschen Leitkultur“ sollen völkisch-nationalistische Vorstellungen in das Bildungswesen, in die Medien und in die Kunst integriert werden. Dabei erläutert die AfD nicht, was genau die „deutsche Leitkultur“ eigentlich sein soll, die Formulierungen aus den Programmen decken freilich die dahinter stehende Ideologie auf. Dabei wird klar, dass man versucht eine nationale Identität durchzusetzen, die sich gegen Vielfalt richtet. Obwohl sich die AfD gegen die Ökonomisierung der Bildung ausspricht, folgen die ge-

nannten Ziele gerade diesem Dogma und orientieren auf ein autoritäres und elitäres Bildungssystem, in dem Chancengerechtigkeit anstelle von Chancengleichheit propagiert wird. Hochschulbildung soll vor allem leistungsstarken ‚biodeutschen‘ Schüler_innen zuteilwerden, Kunst und Kultur werden anhand „ökonomischer Vernunft“ und „fachlicher Qualitätsmerkmale“ gemessen und verlieren somit die Freiheit, die sie ausmachen.

Die kulturpolitischen Absichten der AfD widersprechen ganz klar den Vorstellungen einer humanistischer Bildung und jener Kunstfreiheit, wie sie im deutschen Grundgesetz verankert ist, denn eigentlich verfolgt die AfD nur ein Ziel, nämlich die eigene nationalistische Ideologie durchzusetzen.

Literatur

bpb 2004: Bundeszentrale für politische Bildung: Kulturstiftungen in Deutschland. Online unter www.bpb.de/apuz/27926/kulturstiftungen-in-deutschland?p=1

Fraser, Nancy 2017: Für eine neue Linke: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. Online unter www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus

Krautz, Jochen 2012: Bildungsreform und Propaganda. Strategien der Durchsetzung eines ökonomistischen Menschenbildes in Bildung und Bildungswesen. Online unter www.g9-jetzt-nrw.de/images/pdf/krautz/bildungsreform-und-propaganda.pdf

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg.)



Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hg.)

Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

2015 Schwalbach: Wochenschau
368 Seiten, 24,80 Euro

Was meinen Rechtsextreme, wenn sie von Islamisierung, Geschlechtergleichschaltung, Political Correctness oder Schuldskult sprechen?

Die Autor*innen dieses Handwörterbuchs geben hierzu Antworten und zeigen auf, wie die extreme Rechte mit Begriffs(um)deutungen und Wortneuschöpfungen Bausteine extrem rechter Weltanschauungen über die Sprache zu vermitteln und zu verankern versucht. Die Autorinnen und Autoren richten den Blick auch auf die gesamtgesellschaftliche Anschlussfähigkeit extrem rechter Diskurse. Die einzelnen Beiträge zeigen, wie die menschenverachtenden Äußerungen und die damit einhergehenden politischen Forderungen dekonstruiert und kritisiert werden können.

Das Buch wendet sich insbesondere an Multiplikator*innen aus Schule, Medien, Sozialarbeit und Gewerkschaft. Das Handwörterbuch erschließt das begriffliche Kontinuum der extremen Rechten und bietet eine Grundlage für die fundierte Auseinandersetzung damit. Der Band ist Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus an der Hochschule Düsseldorf.

Humanitärer Schiffbruch

Mit der »Aquarius« ist das letzte zivile Rettungsschiff vom Mittelmeer verschwunden. Erleben wir das Ende der Seenotrettung?

Von Fabian Hillebrand

Während die Debatte um die Seenotrettung in Europa laut tosend geführt wird, ist der Tod auf dem Mittelmeer leise. Entgegen der landläufigen Annahme strampelt, schreit oder winkt ein Ertrinkender nicht. Sich verbal auszudrücken ist eine dem Atmen untergeordnete Funktion; wer keine Luft mehr bekommt, schreit nicht nach Hilfe. Ertrinkende sind, wenn überhaupt, daran zu erkennen, dass sie still im Wasser liegen und ihren Kopf in den Nacken recken. Liegen ihnen Haare im Gesicht, sind sie nicht mehr in der Lage, diese wegzustreichen. Zuerst taucht dann der Kopf unter. Nur die Unterarme oder die Hände schauen noch aus dem Meer. Dann dringt Wasser in die Lunge ein. Ertrinken ist der Tod durch Erstickung an Flüssigkeit. Der Körper sinkt langsam in die Tiefe des Meeres ab. Erst später wird der tote Körper zurück an die Oberfläche gedrängt, die durch Leichenfäulnis entstehenden Gase bewirken einen Auftrieb.

Auf diese Art starben zwischen 2014 und 2017 mehr als 12 000 Menschen im Mittelmeer, nach Zahlen der Internationalen Organisation für Migration. Es wären noch weitaus mehr, hätten sich nicht überall in Europa freiwillig Menschen in Bewegung gesetzt, um auf alten Kähnen, umgebauten Fischkuttern und ehemaligen Forschungsschiffen auf das Meer hinauszufahren und Flüchtlinge zu retten. Von Anfang an waren diese Rettungen umstritten. Der Druck auf die Hilfsorganisationen ist dieses Jahr aber noch einmal massiv gestiegen.

Dabei gab es einmal eine staatliche Seenotrettung. Unter dem Eindruck der Tragödien vor den Inseln Malta und Lampedusa hatte Italien im Oktober 2013 die Operation Mare Nostrum ins Leben gerufen. Sie rettete mehr als 400 Flüchtlinge am Tag. Doch nach nur einem Jahr wurde die Mission wieder eingestellt. Die europäischen Regierungen weigerten sich, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische

Seenotrettung zu überführen und Italien finanziell zu entlasten. Auf die italienische Heldentat folgte eine europäische Schande. Die Todeszahlen vor den Küsten Afrikas stiegen rapide.

Es war diese Lücke, dieser Rückzug Europas aus der Rettung und Bergung von Menschen, den die privaten Seenotrettungsorganisationen ab 2015 auszufüllen hatten. Zwischenzeitlich führten rund ein Dutzend Vereine mit mehreren Schiffen Rettungen durch. Die Gründerin einer der ersten Organisationen, Regina Catrambone, wurde damals vom Staatspräsidenten Sergio Mattarella mit dem Verdienstorden der Italienischen Republik ausgezeichnet. Es waren andere Zeiten. Am 24. September 2018 entschied Panama, wohl nach Druck durch die italienische Regierung, der »Aquarius 2« die Flagge zu entziehen. Damit ist kein privates Rettungsschiff mehr im zentralen Mittelmeer aktiv. Es ist das vorläufige Ende einer Kriminalisierungskampagne, die lange vor der Regierungsbeteiligung der stramm rechten Le-

ga-Partei in Italien begann, durch sie aber ihren entschiedenen Auftrieb bekam.

Europäische Prioritäten

»Die See war so unruhig, fast alle unsere Gäste waren seekrank, mussten sich permanent übergeben. Die Menschen harrten seit Tagen auf See aus. Es gibt, wenn so viele Menschen an Bord sind, kaum Platz sich hinzulegen. Es gibt keine Schlafkojen, die Menschen sind permanent über Deck den Wetterverhältnissen ausgesetzt. Das Wasser spült bei hohen Wellen über das Deck. Die Menschen sind entkräftet, am ersten Tag gab es bereits die ersten Notevakuationen.«

So drastisch beschreibt der Rettungs-sanitäter des Schiffes »Lifeline« die Situation im Nachhinein. Das Schiff hatte im Juni 2018 Flüchtlinge aufgenommen, Italien verweigerte ihnen die Einfahrt in einen sicheren Hafen, tagelang befand sich das Schiff auf offener See und wartete auf die Zuweisung eines sicheren Hafens. Seit seinem Amtsantritt hetzt Italiens Innenminister Matteo Salvini gegen die Seenotrettung. Er bezeichnete die geretteten Flüchtlinge auf der »Lifeline« als »Menschenfleisch« und die Seenotretter als »Schlepper«. Wie ichbezogen er dabei vorgeht, wird dadurch deutlich, dass er den Gesetzestext, der weitreichende Verschärfungen der Migrations- und Sicherheitspolitik vorsieht, nach sich benennt, als »Decreto Salvini«.

Inhumane Blockade

Der Innenminister hat das Anlanden von Seenotrettungsschiffen in Italien weitgehend blockiert. Die Retter bringt das in eine heikle Lage. Nach jeder Bergungsak-

tion muss neu verhandelt werden, wo die Flüchtlinge an Land gehen sollen. Ein oft langwieriger Prozess, der Gefahren für die Crew und die Gäste – also die aufgenommenen Flüchtlinge, birgt. Aber auch das restliche Europa macht eine schlechte Figur. Kein Land will die Rolle Italiens übernehmen. Anstatt sich für verbindliche Regeln für die Seenotrettung einzusetzen und so die Rettung von Menschenleben wieder in einen Normalzustand zu überführen, wird jeder Fall neu verhandelt. Ob bei der »Aquarius«, der »Lifeline«, der »Sarost 5«, jedes Mal musste darum gerungen werden, welche europäische Regierung die Flüchtlinge aufnimmt.

Libysche Realitäten

In den Lehrgängen der Seenotrettungsorganisationen, die alle Crewmitglieder vor einem Einsatz durchlaufen, werden die Freiwilligen auf eine heikle Situation vorbereitet. Nähern sich während einer Rettung Boote der libyschen Küstenwache, kann es sein, dass schiffbrüchige Flüchtlinge lieber ins Wasser springen, als sich von dieser bergen zu lassen. Die grauen Militärboote lösen Panik aus, die Angst vor einer Rückkehr nach Libyen ist groß. Dort erwarten sie mit Menschen überfüllte Lager, in denen Zustände vorherrschen, die das Auswärtige Amt als »KZ-ähnlich« beschreibt. Das Land wird seit Jahren von einzelnen europäischen Regierungen wie auch von der Europäischen Union mit Geld und Wissen unterstützt. Die Idee: Aus ehemaligen Milizen und Menschenhändlern sollen unter Europas Führung Küstenwächter werden, die die Flüchtlinge schon in Libyen zurückhalten. Eine Rechnung mit zweifelhaftem Ergebnis. Immer wieder kam es in den letz-

ten Jahren zu Zusammenstößen zwischen Küstenwache und zivilen Seenotrettungsvereinen. Den Milizen werden schwere Vergehen zum Vorwurf gemacht: Sie sollen eine Frau und ihr Kind zum Sterben in einem Boot zurückgelassen, in einem anderen Fall auf Insassen eines Flüchtlingsbootes geschossen haben. Inzwischen sind die Milizen aber die einzigen, die Rettungsmissionen durchführen. Die Militärmissionen von Frontex befinden sich viel zu weit vor der Küste, um Menschen zu retten oder Schlepper zu fangen, wie Michel Brandt, der für die LINKE im Bundestag sitzt, dem »nd« sagte. Handelsschiffe, die früher ebenfalls Menschen retteten, fahren immer häufiger einfach an schiffbrüchigen vorbei. Die Gefahr, in einen politischen Streit zu geraten und dann über Wochen keinen Hafen ansteuern zu können, ist ihnen zu groß.

Das Ende der Seenotrettung?

Wer nun das Ende der humanitären Seenotrettung beschwört, der irrt. Denn selbst unter den erschwerten Umständen werden die Organisationen weiter in See stechen. »Weil alles besser ist, als wenn die Leute ertrinken«, wie Claus-Peter Reich, Kapitän der »Lifeline« kürzlich im nd-Interview bekräftigte. Tatsächlich machen sich die nächsten Helfer schon bereit. Die Organisationen Sea-Eye und Lifeline stehen kurz davor, mit Ersatzschiffen auszulaufen. Auch eine neue Organisation aus dem Baskenland ist kurz davor, zur ersten Rettungsmission auszulaufen. Daniel Rivas Pacheco von der Organisation Maydayteraneo ist zuversichtlich, dass der Kahn »Aita Mari« in wenigen Wochen

erste Missionen durchführt. Der Name stammt von einem baskischen Volkshelden, einem Fischer, dessen Popularität darin begründet liegt, dass er bei stürmischer See aufs Meer fuhr, um Menschen zu retten. Ein programmatischer Name. Solange das Leben an bestimmten Flecken dieser Erde so ist, wie es ist, werden sich Menschen durch Stacheldrähte und Zäune nicht davon abhalten lassen, die Flucht zu wagen. Genauso werden sich Menschen nicht davon abbringen lassen, ihnen zu helfen. Der Sprecher der Organisation Sea-Eye, Gordon Isler, sagte dieser Zeitung einmal, er sei sich sicher, dass die Seenotrettung älter wird als die aktuelle italienische Regierung.

Etwas anderes ist zu Ende gegangen. Wer Menschen sehenden Auges ertrinken lässt, als Abschreckung für andere und um den eigenen Wohlstand zu sichern, der kann sich nicht mehr auf humanitäre Werte und Menschenrechte berufen. Es geht hier darum, wer das Recht hat, Rechte in Anspruch zu nehmen. Ein Teil Europas will die Flüchtlinge davon abhalten, basale Menschenrechte einzufordern. Die Seenotrettung wird nicht aufgeben zu versuchen, das zu verhindern. Auch mit der Seebrücke formiert sich eine Gegenbewegung, die die Rettung von Menschenleben über die Wohlstandswahrung in Deutschland setzt. Doch diese Bewegungen sind schwach. Solange die Rechtspopulisten Oberwasser haben, wird weiter gestorben. Leise, wie im Mittelmeer oder bereits in den trockenen Wüsten zwischen der afrikanischen Atlantikküste und dem Roten Meer.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus: Neues Deutschland vom 28.09.2018, S.21.



K. Holz / H. Kauffmann / J. Paul (Hg.)
Die Verneinung des Judentums
 Edition DISS Band 22, 184 S., 22 Euro

Der Band umfasst eingehende Analysen antisemitischer Positionierungen auf den Diskursebenen der Medien, der Politik, der Wissenschaft, der Religion und des Alltags. Thematisiert wird die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und dessen gegenwärtige Wiederbelebung im Islamismus.



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit
 Edition DISS Band 18
 208 Seiten, 22 Euro

Religion und Glaube spielen in der Wochenzeitung Junge Freiheit eine zentrale Rolle. Dadurch werden Bilder von Juden und Judentum vermittelt, die längst vergessen schienen. Sie belegen, dass Antijudaismus eine immer noch aktuelle Form der Judenfeindschaft ist. Die diskursanalytische Studie untersucht die zentralen Themen dieser Diskurse.

»...niemand soll es mitbekommen«

Die Abwesenheit von Rettern könnte für geringere
 Todeszahlen sorgen - in der Statistik

von Fabian Hillebrand

Mehr als 2700 Geflüchtete sind 2018 bereits im Mittelmeer gestorben. Die meisten in den Sommermonaten Juni und Juli. Hinter jeder Zahl steht ein menschliches Schicksal.

Die meisten Berichte über die Zahl der ertrunkenen Geflüchteten im Mittelmeer beziehen sich auf Daten, die von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) erhoben werden. Die Organisation versucht, die Todeszahlen von Migranten auf der Flucht möglichst genau zu bestimmen. Ein großer Teil der Daten wird dabei auch von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen geliefert. Sowohl humanitäre Helfer an Land wie auch die Seenotretter auf Schiffen, die oftmals tote Körper in Schiffswracks bergen oder Zeuge werden, wie Menschen ertrinken, tragen zur Erfassung der Daten bei.

Von 1535 bis Ende August im Mittelmeer gestorbenen Menschen sind 383 von Nichtregierungsorganisationen gemeldet worden. Das sind ca. 25 Prozent. Die Zahl geht aus Daten hervor, die dem »nd« vorliegen. Die Zahlen führen zu einem kontraintuitiven Befund: Weniger Rettungsmissionen könnten dazu führen, dass die Todeszahlen auf dem Mittelmeer sinken. Aber eben nur statistisch. Denn wie viele Menschen wirklich auf dem Mittelmeer sterben, ist umso schwerer zu ermitteln, je weniger Schiffe vor Ort sind und berichten können, was passiert.

Nicht zuletzt, dass seit Juli auch ein Aufklärungsflugzeug am Start gehindert wird, lässt bei den Seenotrettern den

Eindruck entstehen, es gehe um eine politische Kampagne, um das Sterben im Mittelmeer zu kaschieren. Grünenpolitiker Erik Marquardt formulierte es so: »Es ist ein Riesenskandal: Menschen sollen sterben und niemand soll es mitbekommen.«

Die Zahl der Menschen, die über das Mittelmeer fliehen, dürfte aber sowieso deutlich höher sein, als die Zahlen aussagen. Gegenüber »nd« erklärt die IOM, sie erhalte regelmäßig Anfragen von Familienmitgliedern, die nach Angehörigen suchen. Es gebe auch immer wieder Leichen, die in Tunesien und Libyen angespült werden und wahrscheinlich größeren Schiffsunglücken zuzurechnen seien. Zusätzlich werde bei divergierenden Angaben zu Todeszahlen, zum Beispiel bei Befragungen von Überlebenden von Schiffsunglücken, immer die kleinste genannte Zahl an Toten übernommen. Aus diesen Gründen, so Julia Black, Projektkoordinatorin der IOM, gegenüber »nd«, müssten die Daten als Mindestwert verstanden werden. Die wahre Zahl der Todesfälle im Mittelmeerraum dürfte sehr viel höher sein als derzeit erfasst.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus: Neues Deutschland vom 28.09.2018, S.21.

Fünf Jahre nach Lampedusa: Liquidation der Seenotrettung

von Heiko Kauffmann

*Pro-Asyl-Mitgründer Heiko Kauffmann über das
„Versagen in der Flüchtlingspolitik“*

Am 3. Oktober 2013 versetzt die Schiffskatastrophe mit Hunderten Toten vor Lampedusa die Welt in Schrecken. Der Papst spricht von der „Schande Europas“, Bundeskanzlerin Merkel zeigt sich „tief bestürzt“ und verspricht alles zu tun, „um zu verhindern, dass weitere Opfer im Mittelmeer umkommen. Das vereinbart sich nicht mit unseren Werten.“ Politiker aus allen Ländern reisen zum Unglücksort und geloben, fortan die Menschen besser zu schützen. Italien legt das Rettungsprogramm Mare Nostrum auf, das bis zu seiner Einstellung Ende 2014 mehr als 160000 Menschen das Leben rettet.

Heute schützt Europa die Grenzen, nicht die Menschen. Ende September 2018: Das letzte noch im Mittelmeer operierende zivile Seenotrettungs-Schiff „Aquarius“ mit 58 Schiffbrüchigen an Bord wird an Europas Küsten abgewiesen und verliert auf Druck der rechtsgerichteten italienischen Regierung seine Flagge. Das ist das endgültige Aus für die zivile Seenotrettung, die Liquidierung einer humanen Flüchtlingspolitik Europas. Die EU hat, so scheint es, ihr auf dem Gipfel in Malta im Februar 2017 formuliertes Ziel erreicht, die zentrale Mittelmeerroute für Flüchtlinge vollständig zu schließen.

Um – entgegen aller Trauer- und Betroffenenrhetorik zum Trotz – dahin zu gelangen, wurden die Seenotretter zunächst unter enormen politischen Druck gesetzt, dann verdächtigt, eingeschüchtert und schließlich kriminalisiert.

Gleichzeitig wurde die libysche Küstenwache, die erwiesenermaßen in schwere Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verstrickt ist, von der EU hochgerüstet und mit Millionen Steuergeldern gefördert. Damit sollten die „Opfer Europas“ aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gebracht, das Sterben im Mittelmeer für die Menschen in Europa buchstäblich unsichtbar gemacht, Folter, Tod und Elend der Flüchtlinge in Libyen für immer totgeschwiegen werden. Die Geschichte Europas in der Flüchtlingspolitik ist eine schier unendliche Geschichte politischen Versagens.

Dabei hätte es nur eines kleinen Teils der Mittel für EU-Abschottungsmaßnahmen bedurft, um Mare Nostrum fortzuführen oder die privaten Helfer beim Aufbau eines zivilen europäischen Seenotrettungsprojekts zu unterstützen.

Die Staaten Europas aber folgen inzwischen einer Staatsräson, die „innerer Sicherheit“, Grenzschutz und dem „Kampf gegen den Terror“ absoluten Vorrang vor Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz einräumt. Sie haben vergessen, dass Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz selbst die überzeugendsten Antworten der Zivilisation auf Terror und Unmenschlichkeit waren und sind. Demokratische Staaten, die sich in ihren Verfassungen auf die Universalität der Menschenrechte und auf die Menschenwürde berufen, verlieren ihre Legitimation und Glaubwürdigkeit, wenn sie Schiffbrüchigen Hilfe verweigern und einen „Abwehr-Krieg“ gegen Flüchtlinge führen. Nicht nur der Staat, der foltert, verletzt die Menschenrechte. Auch der Staat, der Flüchtlingen gewaltsam den Zugang versperrt, sie verbrecherischen Milizen überantwortet oder sie fahrlässig einem gewaltsamen und elenden Schicksal überlässt, verletzt die Menschenrechte.

Das desaströse Versagen Europas bestärkt Populismus und Rassismus und ermutigt die Gegner einer menschlichen Flüchtlingspolitik in ihrem gefährlichen Handeln. Aggression nach außen und Repression nach innen – das lehrt die deutsche und europäische Geschichte zur Genüge – stehen immer auch in einer Wechselbeziehung. Inhumanität nach außen ebnet den Weg zur Inhumanität nach innen. Die Zivilgesellschaft ist heute stärker denn je gefordert, gegen alle präfaschistischen Tendenzen einzuschreiten, sich gegen Rassismus und Menschenverachtung zur Wehr zu setzen und sich jederzeit für eine offene, freie und solidarische Gesellschaft einzusetzen. Menschenrechte und Humanität sind unteilbar und nicht verhandelbar.

Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus: Ostsee-Zeitung vom 2.10.2018.

EDITION DISS

**Der NSU
in bester Gesellschaft**
Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat



Sebastian Friedrich | Regina Wamper |
Jens Zimmermann (Hg.)

EDITION
DISS

Jens Zimmermann, Regina Wamper,
Sebastian Friedrich (Hg.)

Der NSU in bester Gesellschaft
Zwischen Neonazismus, Rassismus
und Staat
Edition DISS Band 37
168 Seiten, 18 Euro

Der gesellschaftliche Umgang mit den Morden des NSU zeugt von seiner Einbettung in ein medial vermitteltes und institutionell verfestigtes Wissen über Migration, rassistische Gewalt und ihre Ursachen, bei dem Migration und Kriminalität eng miteinander verknüpft sind. Hat sich daran nach Aufdeckung des NSU etwas verändert?

Mit Blick in die 1990er Jahre werden die zentralen Faktoren ausgeleuchtet, die für die Entstehung und die Aktivitäten des NSU relevant waren. Ein Blick in die Gegenwart arbeitet die politischen, juristischen und medialen Auseinandersetzungen mit dem NSU nach Bekanntwerden seiner Morde und deren Effekte heraus. Schließlich geht es um die Frage, was der NSU und der gesellschaftliche Umgang mit ihm und den Morden für eine antifaschistisch und antirassistisch ausgerichtete Theorie und Praxis bedeutet.

Mit Beiträgen von Friedrich Burschel, Matthias Falter, Liz Fekete, Sebastian Friedrich, Ayşe Güleç, Derya Gürşeker, Felix Hansen, Lee Hielscher, Margarete Jäger, Lynn Klinger, Ulrich Peters, Katharina Schoenes, Maruta Sperling, Regina Wamper, Michael Weiss und Jens Zimmermann.

Zur Bekämpfung des Antiziganismus heute

Bericht über eine Veranstaltungsreihe des DISS-Arbeitskreises Antiziganismus (Teil2)

von Stefan Vennmann

In den im April bis Juni 2018 stattgefundenen Vorträgen wurde zunächst der Schwerpunkt auf die Genese des Antiziganismus aus der Perspektive verschiedener sozial- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen gelegt. In der zweiten Hälfte der Vortragsreihe lag der Fokus auf der Analyse der politischen Praxis. Dabei wurde insbesondere die Situation in Duisburg betrachtet.

Joachim Krauß, Arbeitsgruppenleiter Migration bei der AWO Integration in Duisburg, stellte direkt zu Beginn seines Vortrags die Brisanz des Themas in Duisburg heraus. Er verwies darauf, dass auch städtische Vertreter*innen sich in „irgendeiner Form angesprochen fühlen müssen“ und im konkreten Bezug auf städtische Politiken und soziale Missstände nicht geschont werden könnten.

Krauß problematisierte ein Positionspapier des Deutschen Städtetages aus dem Jahr 2012, in dem vermeintliche ‚Armutszuwanderung‘ aus Bulgarien und Rumänien thematisiert wurde. In diesem Papier wurde eine drastische Dramatisierung durch antiziganistische Stereotypen und verfälschte Statistiken erzeugt, so dass sich selbst das Innenministerium zur Kritik an der fehlerhaften Darstellung und Pauschalisierung veranlasst sah. Die ethnisierende Konnotation war besonders dann enthalten, wenn von Rom*nija als Negativfolie zur ‚nützlichen Arbeitsmigration‘ gesprochen wurde. Hier wurde auf die historische Kontinuität verwiesen und die Stigmatisierung der Rom*nija durch das Ordnungsrecht kritisiert, das seit dem Mittelalter von Verfolgungs- und Vernichtungselementen durchzogen war.

Krauß wies darauf hin, dass es in den letzten Jahren zwar journalistische Versuche gab, schlechte Wohn- und Lebensbedingungen anzuklagen, doch durch die Komposition von Text, Überschrift und Bild und die problematische Darstellung von Müll, Dreck und Ungeziefer eher das Gegenteil erreicht wurde. Unter

dem Schlagwort der ‚Verwahrlosung des öffentlichen Raumes‘ wird unter dem Vorwand der Brandschutzbekämpfung seitens einer Task-Force der Stadt eine politische Strategie durchgesetzt, bei der die Vertreibung im Vordergrund zu stehen scheint. Den Betroffenen von Räumungen im Zuge von Brandschutzmaßnahmen werden seitens der Stadt keine Angebote für alternativen, nicht-mangelhaften Wohnraum gemacht. Im Ergebnis wirken sich die städtischen Maßnahmen zu Lasten der Betroffenen aus, statt sie vor illegalen Machenschaften krimineller Vermieter*innen zu schützen.

Eine humanitäre Katastrophe

Sylvia Brennemann, aktiv als Kinderkrankenschwester und Elternberaterin im sozialpastoralen Zentrum Petershof in Duisburg-Marxloh, begreift die Situation im Stadtteil nicht als eine ethnisch geprägte, sondern als eine durch Armut hervorgebrachte. In diesem Sinne sprach sie von einer „neuen Hierarchie der Armut“, in der Rom*nija auf die unterste Stufe gestellt werden. Auch dann, wenn die Betroffenen rechtlich in einer guten Situation sind, fehlt die Möglichkeit der juristischen Durchsetzung berechtigter Ansprüche. Wo sogar Geld für Fahrten zum Jobcenter im Duisburger Süden fehlt, stellen anfallende Anwalts- und Gerichtskosten eine unüberwindbare finanzielle Hürde dar.

Beim politischen Vorgehen gegen die Betroffenen werde deutlich, dass die Stadt auf eine offensive Vertreibungs-

strategie setze. Kritisiert wurden die kriminellen Vermieter*innen, die für die Vermietung von Wohnraum in unzumutbarem Zustand und das gewalttätige Eintreiben der Mieten in bar nicht juristisch zur Verantwortung gezogen werden. Die Betroffenen sind gezwungen, sich abseits von Arbeitsverträgen, Arbeitsschutz und Tarifsicherung von Unternehmen systematisch ausbeuten zu lassen; weit über zehntausend Duisburger*innen in Armut sind von jeglicher Krankenversicherung ausgeschlossen. Aus der Erfahrung berichtete Sylvia Brennemann, wie schwer es ist, bei Geburten ein Krankenhaus zu finden, das Entbindungen durchführt, da die Betroffenen ohne Krankenversicherung von vornherein abgewiesen werden. Erschütternd war die Schilderung, dass Mütter aus bitterster Not gezwungen sind, ihre Säuglinge mit Zuckerwasser zu füttern, um eine minimale Versorgung mit Nährstoffen zu gewährleisten.

Die Duisburger Stadtverwaltung unternimmt gegen diese Missstände nichts und entzieht sich der Verantwortung. Aktive, Sozialarbeiter*innen und ehrenamtliche Helfer*innen bemühen sich, existenzsichernde Leistungen zur Verfügung zu stellen, dennoch sind sie Anfeindungen ausgesetzt, da sie durch ihre humanitäre Arbeit „Migranten regelrecht anlocken“ würden. Tatsächlich stellt die im Sozialpastoralen Zentrum Petershof geleistete Arbeit nur ein Minimum dar, das für die Betroffenen freilich existenziell notwendig ist. Die Diffamierung ehrenamtlicher Hilfe als „Migrationsmagnet“ verdreht dabei die Tatsachen.

Viele der berichteten Erlebnisse und Erfahrungen waren erschreckend, doch gab es auch positive Botschaften. Zum ersten Mal haben sich Betroffene der Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik zusammengeschlossen und bilden einen selbstorganisierten Widerstand.

Merfin Demir ist Gründer der interkulturellen Jugendorganisation Terno Drom e.V. Sein Vortrag bildete den Abschluss der Reihe und führte viele der Fäden, die in den vorherigen Vorträgen zu finden waren, zusammen. Er ging von der sozialen Konstruktion antiziganistischer Ressentiments aus, die insbesondere durch die europäische Kolonialgeschichte geprägt sind. Ausgehend von der auf Sklaverei basierenden politischen Ordnung der Antike schlug er einen Bogen zum Antiziganismus der Gegenwart. Diese Ordnung hat in der jüngeren Geschichte der Kolonialismus perfektioniert.

Merfin Demirs These war dabei, dass sich Parallelen zwischen der Versklavung der Afrikaner*innen durch die europäischen Kolonialmächte und der Versklavung der Rom*nija auf dem Gebiet des heutigen Rumänien aufzeigen lassen. Die Parallelen finden sich auch in den Stereotypen gegenüber den Versklavten: Homogenisierung von Eigenschaften, Unterstellung von Primitivität, Naivität und Hilfsbedürftigkeit sowie Bevormundung in der Selbstdefinition, indem kulturelle Aspekte und Praktiken nicht von den Betroffenen selbst, sondern von den Sklavenhalter*innen definiert wurden. Ab den 1970er Jahren formierte sich gegen diese Formen der Unterdrückung politischer Protest seitens Rom*nija, der durch die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung inspiriert wurde.

In dem Vortrag wurde auf die Analogien und Differenzen von Antisemitismus und Antiziganismus eingegangen und dargestellt, dass beide ausgegrenz-

ten Gruppen – bei allen Unterschieden – als parasitär und für die Gesellschaft unproduktiv stigmatisiert wurden. Ohne Kritik des Neoliberalismus kann Antiziganismus nicht treffend benannt werden. Merfin Demir sieht einen Zusammenhang zwischen der Finanzkrise und einer Zunahme an rassistischen Ressentiments. Im Kontext neoliberaler Vergesellschaftung, die durch Entsolidarisierung und zunehmende Unsicherheiten geprägt ist, wird die gesellschaftliche Krisenhaftigkeit auf vermeintliche ‚Sündböcke‘ projiziert. Antisemitismus und Antiziganismus zeigen sich aus der historischen Erfahrung heraus als geeignete Projektionsflächen.

Dieser Tendenz zur Ethnisierung sozialer und ökonomischer Fragen müsse mit institutionellen und praktischen Mitteln begegnet werden, etwa mit einer europaweiten Antirassismus-Strategie, die Vorurteile, Ethnisierung und Zugangsbarrieren effektiv bekämpfen kann. Zu diesem Zweck sei es aber ebenso notwendig, nicht nur rassistisches Wissen der ‚Dominanzgesellschaft‘ zu problematisieren, sondern auch zum Empowerment der Betroffenen beizutragen, das zum Beispiel über intensive Jugendarbeit und die Unterstützung von Rom*nija in für sie lebensrelevanten Fragen erreicht werden kann.

Stefan Vennmann, M.A., promoviert am Institut für Philosophie der Universität Duisburg-Essen und ist seit 2013 Mitarbeiter im Arbeitskreis Antiziganismus im DISS.



AK Antiziganismus im DISS **Stimmungsmache**

Extreme Rechte und antiziganistische Stimmungsmache. Analyse und Gefahren einschätzung am Beispiel Duisburg

2015 Online-Broschüre
DIN A4: 62 Seiten

Am Beispiel der Stadt Duisburg wird exemplarisch untersucht, wie die extreme Rechte das Thema Antiziganismus aufgreift. Sie agiert dabei keineswegs im luftleeren Raum. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen Alltagsrassismus, etablierten Medien, Kommunalpolitik und den Erfolgchancen der extremen Rechten. Es handelt sich somit um ein äußerst kompliziertes Wechselspiel.

Autor*innen: Martin Dietzsch, Anissa Finzi, Alexandra Graevskaia, Ismail Küpeli, Zakaria Rahmani, Stefan Vennmann

Abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2015/03/DISS-Stimmungsmache-Online-Broschuere-2015.pdf

Martin Dietzsch, Bente Giesselmann und Iris Tonks: **Spurensuche zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Duisburg**

2014 Online-Broschüre
DIN A4: 90 Seiten

Es wird exemplarisch aufgezeigt, welche Spuren des Völkermords an Sinti und Roma auch heute noch auffindbar sind und Anregungen dazu gegeben, wie man das Geschehen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendlichen thematisieren kann.

Abrufbar unter: www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/DISS-Spurensuche-Online-Broschuere-2014.pdf

Biografie und Werkentwicklung

Michael Heinrichs erster Band seiner Karl-Marx-Biografie

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

Der erste Band dieser über drei Bände angelegten Biographie und Werkentwicklung über Karl Marx von Michael Heinrich ist im Frühjahr dieses Jahres erschienen. Heinrich, ein profunder Marx-Kenner, ist vor allem durch seine mittlerweile in 14. Auflage erschienene „Kritik der politischen Ökonomie“, durch seine beiden Bände „Wie das Marxsche ‚Kapital‘ lesen?“ und durch sein Werk „Die Wissenschaft vom Wert“ (7.Aufl.) bekannt geworden. Der vorliegende erste Band der Biografie behandelt den Zeitraum von 1818 bis 1841, also von der Geburt bis zu Marx' Promotion an der Universität in Jena - ein Zeitabschnitt der Kindheit und der Schulzeit in Trier und des Studiums in Bonn und Berlin. Diese ganz frühe Phase in seinem Leben ist bisher nur wenig beachtet worden, da die Zeit der Früh- und Spätschriften von Marx immer im Mittelpunkt stand und steht.

Michael Heinrich beginnt mit seinem Buch, dem später zwei weitere Bände folgen werden, einen besonderen Weg: Er legt nicht nur eine Biographie von Marx vor, von denen es ja zu seinem 200. Geburtstag genügend gibt, sondern verknüpft Biographie und Werkentwicklung. Auch wenn durch den gewählten Zeitabschnitt bis 1841 in dem vorliegenden Buch die Marxschen Früh- und Spätschriften noch keine Rolle spielen und bis dahin nur die Abiturarbeiten, Gedichte und die nicht vollständig überlieferte Dissertation vorliegen, so ist es wichtig, die jeweiligen Lebensbedingungen umfassend darzustellen, um die sozialen, emotionalen und kognitiven Verarbeitungsprozesse zu erahnen. (Vgl. 373)

So steht zunächst die inhaltliche Auseinandersetzung mit der damaligen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation in Preußen im Mittelpunkt, mit dem Jura- und Philosophie-Studium Marx' in Bonn und Berlin, mit dem dortigen universitären Umfeld und dessen Einwirkungen auf den jungen Studenten - es geht um den familiären Einfluss und um den seines Freundeskreises. Auch Marx erste Versuche des Dichtens werden erwähnt, ebenso seine Freundschaft und Verlobung mit Jenny von Westphalen und die Verbindung zu deren Elternhaus.

Diskriminierung der Juden in Preußen

So erfahren wir, dass die rechtlichen Verhältnisse für das Rheinland als neue

preußische Provinz auch die jüdische Familie Marx in Trier betrafen: Juden durften nicht im Staatsdienst arbeiten und auch die Arbeit als Rechtsanwalt galt als Teil des Staatsdienstes. Heinrich Marx, der Vater von Karl Marx, war ein angesehener Rechtsanwalt und so in seiner beruflichen Arbeit bedroht. Er zog daraus die Konsequenz und konvertierte mit seiner Familie zum protestantischen Glauben. Karl Marx war zu diesem Zeitpunkt sechs Jahre alt. Ein Schritt, der für Heinrich Marx nicht so gravierend gewesen sein kann, da er keine intensive Bindung an den jüdischen Glauben hatte, obwohl in der Familie von Heinrich Marx als auch seiner Frau Henriette einige Vorfahren Rabbiner waren. (Vgl. 75f.)

Es gebe, so Heinrich, keine Hinweise, dass in der Familie Marx jüdische Feiertage besonders gefeiert wurden oder die Erziehung der Kinder jüdisch geprägt war. (Vgl. 128) Viele Juden waren, um ihren Beruf ausüben zu können, zur christlichen Taufe genötigt. Weshalb die Familie Marx im katholischen Trier ausgerechnet zum Protestantismus übertrat, erklärt sich für Michael Heinrich aus der rationalistischen und aufklärerischen Haltung von Heinrich Marx, die zur entsprechenden Ausrichtung des Protestantismus eher passte. (Vgl. 76)

Die Kindheit und Schulzeit von Karl Marx in Trier verlief „recht unbeschwert“ und er wuchs „in relativ wohlhabenden, bildungsbürgerlichen Verhältnissen auf.“ (125) Die schriftlichen Abiturprüfungen 1835 am Gymnasium in Trier lassen keine

besonderen Rückschlüsse zu, außer dass im Abituraufsatz des jungen Marx „deutliche Hinweise [...] für aufklärerisch-humanistische Einflüsse“ zu erkennen seien. Verantwortlich dafür seien die Einstellungen des Vaters, des väterlichen Freundes Ludwig von Westfalen und die mehrerer Lehrer am Gymnasium, „so dass sie sich wechselseitig verstärkt haben dürften.“ (129)

Hegels Romantik-Kritik

Im Wintersemester 1835/36 begann der 17-Jährige mit einem Jurastudium in Bonn, wahrscheinlich auf Wunsch seines Vaters, der auf einer soliden Ausbildung bestand. Marx' Interessen bezogen sich allerdings mehr auf die Schriftstellerei. Er verfasste Gedichte, einen Roman und ein Drama, was auch zu erheblichen Auseinandersetzungen mit dem Vater führte, dem der Studienverlauf seines Sohnes missfiel. (Vgl. 138) In den Gedichten, von denen Michael Heinrich einige aus der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zitiert, geht es häufig um die Liebe zu seiner Verlobten Jenny von Westfalen und zugleich um die Angst, sie zu verlieren. (Vgl. 203)

Ein Jahr später wechselte der junge Marx die Universität und schrieb sich 1837 in Berlin ein. Seine dichterischen Versuche gab er 1837 auf, die er selbst als „rein idealistisch“ kritisierte, was nach Heinrich auf eine „beklagte Wirklichkeitsferne“ zurückzuführen sei. (Vgl. 211) Zugleich teilt er in einem Brief an den Vater mit, „dass er sich der Hegelschen Philoso-



Michael Heinrich: Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft. Biografie und Werkentwicklung, Band I: 1818-1841, Stuttgart: Schmetterling Verlag 2018, 422 Seiten, 29,80 Euro.

phie angeschlossen habe.“ (209) Heinrich widerspricht hier der gängigen Meinung, dass hierfür der Einfluss von Eduard Gans, Hegelianer und Professor für Rechtswissenschaft in Berlin, maßgeblich gewesen sei, da Marx bei ihm u.a. studierte. Einen Einfluss streitet Heinrich nicht ab, aber dies erst, nachdem sich Marx der Hegelschen Philosophie zugewandt hätte.

Hegels Werk über die „Ästhetik“ und die dort formulierte Kritik gegenüber der romantischen Kunst hätten einen wesentlichen Einfluss auf das Denken von Marx gehabt. Wenn Marx den eigenen Dichtungen „Idealismus“ vorwerfe, also „die Konfrontation der Wirklichkeit mit einem abstrakten Sollen“, so wiederholt er nach Heinrich „einen zentralen Punkt der Kritik, die Hegel gegenüber der romantischen Kunst formuliert hatte.“ (214) Marx habe sich an der Hegelschen Philosophie abgearbeitet und sei durch „Hegels Romantik-Kritik erschüttert worden.“ (220)

„Verwilderung im gelehrten Schlafrock“

In dieser Zeit habe es immer wieder Auseinandersetzungen mit seinem Vater gegeben, der seinen Sohn an seine Verpflichtungen gegenüber den Eltern, gegenüber seiner Verlobten Jenny von Westfalen und deren Eltern erinnerte. Diese Kritik habe sich auf sein Studium, seinen Lebensstil und die hohen Geldausgaben bezogen.

Heinrich zitiert hier aus einem Brief des Vaters an seinen Sohn die folgende Passage, die voll bitterer Ironie ist: „Als

wären wir Goldmännchen, verfügt der Herr Sohn in einem Jahre für beynahe 700 Taler gegen alle Abrede, gegen alle Gebräuche, während die Reichsten keine 500 ausgeben. Und warum? Ich lasse ihm Gerechtigkeit widerfahren, daß er kein Verschwender ist. Aber wie kann ein Mann, der alle 8 oder 14 Tage neue Systeme erfinden, und die alten mühsam erwirkten Arbeiten zerreißen muß, wie kann der, frage ich, sich mit Kleinigkeiten abgeben? Wie kann der sich der kleintlichen Ordnung fügen.“ Er spricht auch in seinem Brief vorwurfsvoll von der „Verwilderung im gelehrten Schlafrock.“ (229f.)

Auch seine Verlobte Jenny erhob in ihrem Brief an Karl Marx ähnliche Vorwürfe. Durch diese Briefe fühlte sich Marx „tief gekränkt und erschüttert“. Er versuchte durch eine Vielzahl von langen Briefen an seine Eltern und an seine Verlobte die von ihm verursachten Verletzungen „zu heilen“, was ihm auch einigermaßen zu gelingen schien. (Vgl. 232) Der Tod des Vaters 1838 sei ein wichtiger Einschnitt im Leben des jungen Marx gewesen. Dessen Autorität habe er immer respektiert und der Vater sei für ihn eine „starke Stütze“ gewesen, trotz dessen Ermahnungen. (Vgl. 233f.)

Kritik am Rechts-Links-Hegelianismus

Heinrich analysiert Hegels Religionsphilosophie und die damit verbundenen heftigen Kontroversen sehr genau und geht dabei auf David Friedrich Strauß,

Bruno Bauer und Ludwig Feuerbach ein, alle Schüler von Hegel und radikale Religionskritiker. (Vgl. 279) Heinrich bezweifelt aber die von Strauß vorgenommene Einteilung der Hegelschen Schule in rechte und linke bzw. die üblich gewordene Unterscheidung in „Althegeleaner“ (konservativ) und „Junghegeleaner“ (links und progressiv). Üblich geworden sei es ebenfalls, Marx und Engels eine „junghegeleanische“ Phase zuzusprechen. Eine inhaltliche Unterscheidung sei aber „nur auf einer sehr allgemeinen Ebene“ möglich und eine personelle Abgrenzung bleibe ohne Konsens.

Deshalb bezweifelt Heinrich überhaupt die Sinnhaftigkeit einer solchen Einteilung. Damit wendet er sich auch gegen die Auffassung von Friedrich Engels, der die Rechts/Links-Unterteilung der Hegelschen Schule an den unterschiedlichen Positionen zum System (Gebiete Religion und Politik) und zur dialektischen Methode ausmache. Erstere konnten ziemlich konservativ sein, letztere ziemlich progressiv. Viele marxistische Beiträge hätten sich auf diese Einteilung von Engels bezogen. Heinrich bezweifelt aber demgegenüber, dass man eine solche klare Trennung zwischen Methode und System bei Hegel vornehmen könne. (Vgl. 305)

Der engste Freund von Marx sei in dieser Zeit Bruno Bauer (1809-1882), Theologe und Philosoph, gewesen. Beide hätte ein scharfer Verstand verbunden und sie seien in der Lage gewesen, innerhalb kurzer Zeit ein gewaltiges Lesepensum zu absolvieren. Intellektuelle und politische

Entwicklungen seien genau verfolgt worden, ebenso die Konsequenzen für das eigene Denken. Besonders den letzten Aspekt habe der junge Marx an Bauer geschätzt. (Vgl. 328)

Aber nicht Bauer habe Marx, sondern umgekehrt, Marx habe Bauer in der Zeit 1838/1839 zum Atheismus geführt oder zumindest ihn auf den Weg dahin gebracht. (Vgl. 329f.) Bauer habe Marx darin bestärkt schnell zu promovieren, um anschließend in Bonn zu habilitieren und gemeinsam zu lehren. Ziel sei gewesen, der „theologischen und politischen Reaktion die Stirn“ zu bieten. Auch eine gemeinsame Zeitschrift sei geplant gewesen. (Vgl. 327) Nichts ist hier von der späteren Kritik von Marx und Engels gegenüber Bauer zu spüren, die beide dann in der „Heiligen Familie“ und in der „Deutschen Ideologie“ deutlich machten.

Dissertationsschrift

Marx Dissertationsschrift trägt den Titel: „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie“. (Epikur ca. 341- ca. 271 v. Chr.; Demokrit 460-370 v. Chr.) Es gebe allerdings keine Hinweise, warum Marx dieses Thema wählte. Für Heinrich ist das Thema dennoch nicht überraschend, da für Marx Hegels Denkweise über die Geschichte der Philosophie, wie sie aus den 1833-1836 erschienenen „Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie“ hervor gehen, sehr entscheidend gewesen seien.

Dafür spricht, dass Marx in der von Heinrich zitierten Vorrede zur Dissertation von dem „bewunderungswürdig-großen und kühnen Plan“ Hegels spricht, von dem her „überhaupt erst die Geschichte der Philosophie datiert werden kann.“ (332) Nachlesen kann man dies in den Marx-Engels-Werken (MEW), Bd. 40, 261.

Wichtig für Heinrich ist hier, dass Hegel „die Geschichte der Philosophie nicht einfach als Abfolge verschiedener, mehr oder weniger willkürlicher Lehren aufgefasst“ habe, sondern versucht habe, „einen inneren Zusammenhang aufzudecken [...]“. (Ebd.) Für die Auseinandersetzung mit Epikur spreche dessen dezidiert religionskritische Einstellung: „Epikur bestritt zwar nicht die Existenz der Götter, allerdings nahm er an, dass sie in ihrer eigenen Welt lebten und an der Welt der Menschen gänzlich uninteressiert seien. Menschliche Götterverehrung, Opferkulte etc. betrachtete er daher als einen üblen Aberglauben. Diese religionskritische Haltung zusammen mit der Betonung eines lustvollen (aber keineswegs, wie



oft unterstellt, ausschweifenden) Lebens, macht Epikur den Religiösen und Konservativen schon im Altertum verhasst.“ (334) Marx habe die Naturphilosophie von Epikur als in den Grundzügen demokratisch betrachtet. (Ebd.)

Heinrich sieht in Marx' Dissertation zwei verschiedene Argumentationslinien: Einerseits eine philosophiegeschichtliche, indem er die Auffassungen von Demokrit und Epikur gegeneinanderstellt, andererseits interpretiere er Epikur mit den von Hegel stammenden Kategorien Wesen, Erscheinung und Selbstbewusstsein. Der für Marx wichtigste Unterschied der beiden Philosophen sei deren Stellung zum Determinismus.

Heinrich schreibt: „Während Demokrit die Welt von der Notwendigkeit beherrscht sieht und den Zufall als eine menschliche Fiktion abtut, bestreitet Epikur die Notwendigkeit des Geschehens und betont, dass einiges vom Zufall, anderes von unserer Willkür abhängt.“ (344) Heinrich zitiert hier Marx, wo dieser einen Ausspruch Epikurs anführt: „Es ist ein Unglück, in der Notwendigkeit zu leben, aber in der Notwendigkeit zu leben, ist keine Notwendigkeit. Offen stehen überall zur Freiheit die Wege ...“ (344). Es sei das Bestreben von Marx in seiner Arbeit gewesen, Epikur, entgegen der herrschenden Lehre und auch entgegen Hegels Auffassung, „als Aufklärer zu etablieren und damit auch dessen Kritik der Religion zu rehabilitieren.“ (349)

Marx reichte seine Dissertation nicht an der Universität in Berlin ein, sondern 1841 an der Universität Jena, einer Universität, die er nie besucht hatte: Marx promovierte in Abwesenheit. Weshalb in Jena und nicht in Berlin, darüber gibt es keine Äußerungen. (Vgl. 359) Heinrich nimmt rein praktische Gründe an, da in Jena die Promotionsgebühren deutlich niedriger gewesen seien und Marx häufig in Geldnöten gewesen sei. Hinzu käme wahrscheinlich noch ein zeitlicher Grund:

Marx hatte für seine Dissertation mehr Zeit als erwartet benötigt und an der Universität Berlin hätte er seine Arbeit noch ins Lateinische übersetzen müssen, da dies Voraussetzung für eine Doktorarbeit gewesen sei. Dies hätte nochmals Zeit gekostet.

Außerdem hätte man an der Universität Jena, wie auch an anderen Universitäten, ohne mündliche Prüfung „in absentia“ promovieren können. In Berlin wäre das nicht möglich gewesen. Seine Familie und auch seine Verlobte seien zudem sehr ungeduldig geworden und Marx hätte sie nicht länger warten lassen wollen. (Vgl. 360) Im April 1841 sei sein Dokortodiplom ausgestellt worden. Der Dekan der philosophischen Fakultät, Carl Friedrich Bachmann, hätte seinen Fakultätskollegen gegenüber Marx als „sehr würdigen Kandidaten“ beschrieben, der „Geist“, „Scharfsinn“ und „Belesenheit“ zeige und den er für „vorzüglich würdig“ halte. (Vgl. 361)

Michael Heinrich macht deutlich, dass die jahrelange Arbeit an diesem Buchprojekt sein Bild von der Person Karl Marx und das seines Werkes verändert habe, und dieser Forschungsprozess sei noch lange nicht abgeschlossen. (Vgl. 10) Anlässlich der Erinnerung an Marx' 200. Geburtstag, in den Festreden und in der medialen Präsenz mit ihren Fehlurteilen und Missverständnissen sei immer wieder die These aufgetaucht: Aber eigentlich ist doch seine Theorie tot! Heinrich antwortet darauf: „Doch sind gerade diese vielfach wiederholten Bekundungen die sichersten Indizien ihres Gegenteils: Wäre Marx wissenschaftlich und politisch wirklich so tot, bräuchte man nicht immer wieder von Neuem sein Ableben zu beschwören.“ (16)

Hinsichtlich seiner Methodik zur Marx-Biographie setzt sich Heinrich deutlich von den „belletristischen Formen biographischen Schreibens“ ab, da es ihm um „wissenschaftliche Biographien“ gehe. (364)

Die Verbindung von Biografie und Werkentwicklung ist das Besondere an dem Buchprojekt von Michael Heinrich, das es in der Tat erlaubt, die wissenschaftliche und politisch herausragende Bedeutung Marx' im Zusammenhang zu verstehen. Dieses methodische Ziel hat der Autor in jeder Hinsicht erreicht, so dass man den 2. Band, der für 2020 geplant ist und in dem die Werkentwicklung Marx', u.a. seine Arbeit als Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ und die Frühschriften im Mittelpunkt stehen werden, mit Spannung erwarten kann.

Eliten gefährden Demokratie

„Die Abgehobenen“ – ein neues Buch des Elitenforschers

Michael Hartmann

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

„Die Eliten sind in ihrer großen Mehrheit inzwischen so weit von der breiten Bevölkerung entfernt, dass sie zunehmend Schwierigkeiten haben, deren Probleme zu erkennen und die Folgen ihrer Entscheidungen für die Bevölkerung zu verstehen“: Dies ist keine Elitenkritik, wie sie neuerdings besonders von rechten Parteien und Bewegungen erfolgt, um sich selbst als das wahre Volk darzustellen. Vielmehr analysiert hier Michael Hartmann, renommierter empirischer Soziologe und bis 2014 Professor an der Technischen Universität Darmstadt, sehr genau und anhand vieler Beispiele aus Deutschland, den USA, Großbritannien und Frankreich, inwieweit die Eliten aus Wirtschaft, Politik, Justiz, Verwaltung und Medien in ihrer großen Mehrheit immer mehr zu einer geschlossenen Gruppe werden und so die Demokratie gefährden.

Der Autor verbindet damit zugleich eine Kritik an der neoliberalen Politik, die mit der Liberalisierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte verhängnisvolle Konsequenzen für die breite Bevölkerung bewusst auslöste und für eine tiefe soziale und finanzielle Spaltung in der Gesellschaft sorgte.

Seinen Elitenbegriff definiert Hartmann wie folgt: „Elite, das sind jene Personen, die qua Amt oder – wie vor allem in der Wirtschaft – qua Eigentum in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich zu beeinflussen. Der zentrale Maßstab für die Zugehörigkeit zu einer Elite ist daher die Macht, über die eine Person verfügt.“ (33) Um dies zu konkretisieren, müsse z.B. bei Politikern unterschieden werden, inwieweit sie wirklich Macht ausüben, was bei einem einfachen Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten nicht der Fall sei. Bei Regierungsmitgliedern treffe dies allerdings sehr wohl zu. (Vgl. 37)

Zur Wirtschaftselite gehörten solche Personen, die als Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende großer Konzerne über konkrete Unternehmungspolitik bezüglich Investitionen, Fusionen und Verlagerungen entscheiden, mit den entspre-

chenden Konsequenzen für Beschäftigte, Regionen und Länder. Dies treffe auch für millionen- und milliardenschwere Stiftungen zu, die mit ihren Entscheidungen Einfluss nähmen auf die Gesundheits-, Landwirtschafts- und Bildungspolitik. Beispielhaft nennt Hartmann hier die „Bill & Melinda Gates Foundation“ in den USA. (Vgl. 36)

Zwischen der Elite und den Eliten müsse aber unterschieden werden. Existiere eine einheitliche, in sich geschlossene Gruppe, die über die Bevölkerung herrsche, so könne von einer Elite gesprochen werden. Große Gemeinsamkeit gebe es hier mit dem Begriff der Oligarchie. Gebe es diese Homogenität und Exklusivität aber nicht in allen Sektoren und Bereichen, so müsse von mehreren Eliten gesprochen werden. (Vgl. 44f.)

Hartmann macht dies am Beispiel der deutschen Eliten folgendermaßen deutlich: Laut der Elitenstudie von 2012 stammen die Mitglieder der Justizelite zu zwei Dritteln aus bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien. Bei der Verwaltungselite seien es 62 %, bei der Medienelite über 75% und bei den Spitzen der Privatunternehmen über 83%. Bei den Unternehmen mit kommunalen, regio-

nalen oder staatlichen Mehrheitseigentümern betrage der Anteil dagegen nur 46%. „Ganz allgemein gilt: Je stärker das Kooptationsprinzip beim Zugang zu Elitepositionen dominiert, desto exklusiver fällt in der Regel die soziale Herkunft der jeweiligen Elite aus, und je stärker das Wahlprinzip [wie in der Politik, W.K.], desto offener.“ (80) Von einer einheitlichen Elite in Deutschland könne also nicht gesprochen werden. Abgesehen von der politischen Elite gelte somit, dass die große Mehrheit der heutigen Eliten die Kinder der Eliten von gestern seien.

Der Weltwirtschaftsgipfel in Davos erwecke in vielen Medienberichten den Eindruck, als gebe es eine globale Elite von Vertretern der Politik und Wirtschaft. Dies gelte aber nur für sehr wenige Topmanager und Milliardäre. „Es dominiert in beiden Eliten ganz klar der nationale Typus, ihre Mitglieder bekleiden eine Spitzenposition in ihrem Heimatland und waren auch niemals länger im Ausland, weder während ihrer Ausbildungszeit noch später im Berufsleben.“ (91) Es existiere also weder eine globale Elite und noch ein globaler Stellenmarkt.

Die Liberalisierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte habe die soziale Spal-

zung der Gesellschaft entscheidend verschärft, indem die Vermögen der Reichen und Wohlhabenden enorm angewachsen seien, ebenso wie die Armutszahlen. Die Steuergesetze hätten u.a. für eine gravierende Umverteilung von unten nach oben gesorgt. Hartmann macht dies an vielen Beispielen aus den genannten Ländern deutlich. (Vgl. u.a. 109f.)

In Deutschland habe besonders die Bundesregierung unter Gerhard Schröder u.a. mit der Agenda 2010 für eine Umverteilung gesorgt, die dann unter Angela Merkel mit ihrer „marktkonformen Demokratie“ weiter betrieben worden wäre. Die Eliten glaubten, für sie gelten eigene Regeln: Nach dem Glaubwürdigkeitsverlust nach der Finanzkrise von 2007/8 folgte eine ganze Reihe von Steuer- und Finanzskandalen, wie u.a. die vielen Steuerhinterziehungen und die kriminellen Cum-Cum und Cum-Ex-Geschäfte unterstreichen.

Für Hartmann schlägt sich diese herrschende Politik bei der Bevölkerung sowohl im Wahlverhalten wie im politischen Engagement nieder. Gewinner der sozialen Polarisierung sei die AfD, die von früheren Nichtwählern profitiere

und die von Arbeitern und Arbeitslosen nach einer DIW-Studie doppelt so häufig gewählt worden sei wie im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung. (Vgl. 220) Die AfD habe sich von einer Anti-Euro-Partei mit Professorenimage zu einer rechtspopulistischen Anti-Eliten-Partei entwickelt.

Eine andere Politik sei notwendig. Wolle man der sozialen Spaltung entgegenzutreten und den Rechtspopulismus bekämpfen, müsse die Politik des Neoliberalismus überwunden werden. Das Schlüsselwort für eine andere Politik sei soziale Gerechtigkeit. (Vgl. 226) „Die Veränderung der Labour Party unter Jeremy Corbyn zeigt, wie eine solche Wende inhaltlich und personell aussehen müsste.“ (249) Hartmann meint damit die schonungslose Kritik an der neoliberalen Politik, die parteiinterne Demokratisierung und die personelle Zusammensetzung des Schattenkabinetts von Corbyn, dessen Politiker*innen aus der breiten Bevölkerung stammten.

Das neue Buch von Michael Hartmann will aufklären über die Ideologien der herrschenden Eliten, indem er ihre Überzeugungen, Rechtfertigungen und

Selbstgerechtigkeit schonungslos kritisiert. Auch wenn etliche der Beispiele bekannt sind: In dieser komprimierten Darstellung bietet das Buch einen beachtlichen Fundus.

Kritisch muss jedoch angemerkt werden, dass Hartmann die nationalistischen und rassistischen Inhalte der rechten Bewegungen und Parteien zu sehr vernachlässigt. Wenn Sympathisanten und Wähler*innen rechter Parteien den etablierten Parteien und den herrschenden Eliten kein Vertrauen mehr schenken, dann ist diese Tatsache nicht schon der Grund des Rechtsrucks. Die nationalistischen und rassistischen Inhalte müssen einer Kritik unterzogen werden. Ebenso hätte dargestellt werden müssen, dass der Neoliberalismus eine Regulationsform des Kapitalismus ist. Das heißt: Die berechtigte Kritik des Autors gegenüber dem Neoliberalismus hätte in den Zusammenhang der kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesse gestellt werden müssen, denn die vom Autor umfangreich beschriebenen Reichtums- und Armutsverhältnisse haben ihre Ursache in diesem kapitalistischen System, dessen Form der Neoliberalismus ist.



Michael Hartmann: Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2018, 276 Seiten, 19,95 Euro.

Wie funktioniert das Soziale?

Eine Einführung in die Sozialphilosophie von Rahel Jaeggi und Robin Celikates

Eine Rezension von Wolfgang Kastrup

*„Was ist Sozialphilosophie?“ Dies ist die Einstiegsfrage der beiden Autor*innen Rahel Jaeggi, Professorin für Praktische Philosophie und Sozialphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin, und Robin Celikates, Associate Professor für Politische Philosophie an der Universität von Amsterdam.*

Gegenstand der Sozialphilosophie sei „das Soziale“ - es geht also um „soziale Praktiken, Institutionen und Beziehungen“ mit ihren spezifischen Problemlagen. Dieser Gegenstand sei „als konstitutive Bedingung von Individualität und Freiheit zu verstehen.“ (11) Die Sozialphilosophie erhebe einen Deutungsanspruch auf das gesellschaftliche Ganze. Die Herangehensweise sei „zugleich beschreibend und bewertend“. (12) Gründungsväter dieser Wissenschaftsdisziplin seien Jean-Jacques Rousseau, der „als Erster eine systematische Analyse der Fehlentwicklungen der modernen Gesellschaft vorgelegt“ habe, ferner Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Karl Marx, die die sich entwickelnde kapitalistische Gesellschaft begrifflich und analytisch geprägt und kritisiert hätten. (Vgl. 14)

Ziel der Einführung sei es, „einen problemorientierten systematischen Aufriss“ zu geben, um der „Vernachlässigung des Sozialen in der praktischen Philosophie der Gegenwart entgegenzuwirken.“ (26)

Hegel habe in den Grundlinien der Philosophie des Rechts das historisch neue und moderne Phänomen erstmals begrifflich als „bürgerliche Gesellschaft“ gefasst, und zwar in der „Ausdifferenzierung einer Sphäre von Eigentum und Recht“. (28) Eine zweifache Revolution sei hier zu sehen: Mit der Entstehung der industriellen Arbeitsgesellschaft seien einerseits die Individuen freigesetzt und in einen arbeitsteiligen Produktionsprozess eingegliedert worden, andererseits seien die Menschen aus den Zwängen und Einschränkungen des Feudalismus emanzipiert worden. (Vgl. 29)

Freiheit als einem „Meta-Wert“ oder besser noch: als „Modus des Vollzugs von Tätigkeiten und Praktiken“ (Vgl. 62), komme eine fundamentale Bedeutung zu. Es gehe darum, wie aus der Sichtweise der Sozialphilosophie „das Verhältnis von Freiheit und Sozialität zu verstehen ist.“ (53)

Freiheit könne sich nur in sozialen Bezügen zeigen. Es gehe nicht um Freiheit oder Sozialität, sondern Freiheit habe soziale Voraussetzungen (soziale Beziehungen, Rollen, Praktiken und Institutionen) und müsse sich zu diesen Voraussetzungen verhalten. (Vgl. 63)

Anerkennung, ein wesentlicher Begriff in der Sozialphilosophie, sei konstitutiv für das menschliche Selbstverständnis und für die Identität; es bilde sich in Anerkennungs-Beziehungen. Deshalb seien Menschen auf Anerkennung angewiesen. (Vgl. 64) Wichtig dabei sei die Frage, wie der Konflikt zwischen Anerkennung und Sozialität zu begreifen sei, da „die Verhältnisse von Anerkennung immer auch unterwerfen und damit Freiheit verhindern“ können. (69) Auch hier geht es also um die konfliktreiche Beziehung zwischen dem Individuellen und dem Sozialen.

Entfremdung, ein „Schlüsselbegriff“ der Sozialphilosophie, verweise, ebenso wie die verwandten Begriffe Verdinglichung und Anomie, auf Unfreiheit und sei eine Fehlentwicklung der modernen Gesellschaft. (Vgl. 77) Mit Bezug auf den Marxschen Entfremdungsbegriff ließen sich zwei Dimensionen ausmachen: Individuell und kollektiv sei die Fähigkeit verloren gegangen, Kontrolle über das eigene Tun zu erlangen („das Problem der Ohnmacht“); zweitens könne man sich mit der eigenen Tätigkeit und mit den Mitarbeitenden nicht mehr identifizieren („das Problem der Verarmung, des Sinnverlusts und der Bedeutungslosigkeit der Welt“). (Vgl. 81) Entfremdung sei bezüglich dieser Machtlosigkeit und dieses Sinnverlusts immer noch gegenwärtig. Entfremdete Arbeit könne als „unfreie Tätigkeit“ bezeichnet werden, sodass die Überwindung von Entfremdung als Voraussetzung für „Verwirklichung von Freiheit“ gesehen werden müsse. (Vgl. 88)

Ein weiterer Grundbegriff für die Sozialphilosophie ist nach Jaeggi und Celika-

tes Macht. Da Machtverhältnisse komplex seien, müsse eine Kritik der Macht zwei Verständnisse von Macht beachten: Sie müsse fragen, „inwiefern vor allem asymmetrische und mit Gewalt verbundene Formen von Macht individuelle und kollektive Freiheit blockieren.“ (100) Neben dieser repressiven Macht gebe es aber auch eine produktive Form von Macht, und hier müsse gefragt werden, welche Spielräume den Subjekten innerhalb dieser Verhältnisse für die eigene Gestaltung offenstehen und wie diese erweitert werden könnten. (Vgl. Ebd.)

Bei der abschließenden Analyse des Begriffs der Ideologie plädieren die beiden Autor*innen für eine komplexe Ideologiekritik, die drei Merkmale habe: 1. Ideologiekritik müsse immanent ansetzen, d.h. an den inneren Widersprüchen und den Erfahrungen der Subjekte, die durch diese Widersprüche geprägt seien. 2. Ideologiekritik verfare metakritisch, d.h. sie kritisiert z.B. Herrschaftsverhältnisse, die als selbstverständlich, naturwüchsig und somit als nicht veränderbar gesehen würden. 3. Ideologiekritik ziele auf „die Diagnose, Kritik und Überwindung von Erfahrungs-, Reflexions- und Handlungsblockaden.“ Deshalb halte die Ideologiekritik „am Ziel der Emanzipation fest [...]“. (Vgl. 108-110)

Jaeggi und Celikates ist es gelungen, eine verständliche und lesbare Einführung in die Sozialphilosophie zu geben, die gleichzeitig die inhaltlichen Schwerpunkte und kontroversen Diskussionsprozesse sehr anschaulich auf knappem Raum darstellt. Weshalb sie aber trotz ihrer häufigen Bezüge auf Marx und die „Kritische Theorie“ Begriffe wie Ausbeutung, Klassenverhältnisse und Gewalt, die doch konstituierende Merkmale kapitalistischer Gesellschaft sind, außen vor lassen, muss kritisch hinterfragt werden. Dass alle drei Merkmale Teil der sozialen Wirklichkeit sind, steht doch wohl außer Frage. Ihr eigener Anspruch in diesem Buch ist es doch kritisch zu fragen, wie das Soziale konstituiert ist, wie es funktioniert.

Rahel Jaeggi/Robin Celikates: Sozialphilosophie. Eine Einführung, München: C.H.Beck Verlag 2017, 128 Seiten, 9,95 Euro.



Helmut Kellershohn (Hg.)
Die ›Deutsche Stimme der Jungen Freiheit‹
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten

Edition DISS Bd. 23
330 Seiten, 28 Euro

Die ›Junge Freiheit‹ steht für das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ›Dekadenz‹ verschrieben hat. Sie zielt auf eine ideologische Umorientierung der Eliten, wirbt für eine ›konservative Basisbewegung‹ und unterstützt rechtspopulistische Parteiensätze. Das Parteiorgan der NPD, die ›Deutsche Stimme‹, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ›Fundamentalopposition von Rechts‹, die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ›System‹ stellt, dabei aber auch auf jungkonservative und nationalrevolutionäre Ideen zurückgreift. In beiden untersuchten Leitorganen sind, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.



Regina Wamper / Helmut Kellershohn / Martin Dietzsch (Hg.)
Rechte Diskurspiraterien.

Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen.

Edition DISS Bd. 28,
288 Seiten, 19,80 Euro

In jüngerer Zeit ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten. Auch in den 1970er Jahren waren solche Strategien vorhanden. Gefragt wird danach, warum und in welcher Form diese Diskurspiraterien heute wieder verstärkt auftreten.

Der NS – ein Kulturbruch? Eine weiterhin bange Frage

Eine Rezension von Jobst Paul

Zwischen 1938 und 1941 wurde die Wanderausstellung Entartete Kunst, die in den ersten sechs Monaten bereits eine Million Besucher auf sich zog, von München aus in 12 anderen Städten gezeigt. Doch muss der NS-Kunst- und Kulturpolitik klar gewesen sein, dass diese Demonstration der Herabsetzung von ›Nicht-Kunst‹ nicht funktionieren konnte ohne eine gleichzeitige Demonstration dessen, was künftig als hohe NS-Kunst zu gelten habe. Dazu diente eine Parallelausstellung im Haus der Deutschen Kunst, in der 1938 900 von der NS-Kunstpolitik als ›neue deutsche Kunst‹ apostrophierte Exponate gezeigt wurden.

Damit etablierte die NS-Propaganda eine weitgehend bis heute etablierte Trennung, die es dem deutschen Kulturverständnis nach 1945 ermöglichte, nun an die geächtete Kunst des Beginns des 20sten Jahrhunderts anzuknüpfen und umgekehrt die NS-Kunst als Zeugnis eines kurzen, allerdings dunklen Kulturbruchs zu verdrängen und von einer ernsthaften kunstgeschichtlichen Erörterung auszuschließen (Matthew Feldman, S. 246).

Dass sich diese Thematik für den Kurator des KODE Kunstmuseums in Bergen/Norwegen, Frode Sandvik, und für Erik Tønning, Anglist der Universität Bergen, und für eine Reihe anderer internationaler Wissenschaftler aufdrängte, liegt an einer ebenfalls von der NS-Kunstpolitik 1942-1943 auch in Oslo arrangierten Ausstellung mit dem Titel Kunst og ukunst (Kunst und Nicht-Kunst). Im Jahr 2015 rekonstruierten Sandvik und Tønning diese Bergener Ausstellung, ergänzt um Werke von sogenannten Kriegsmalern, die während des Kriegs in Norwegen stationiert waren.

Hintergrund der Rekonstruktion war die Einsicht der Kuratoren, dass weder der Nazismus noch die NS-Kunst außerhalb von Raum und Zeit existierten und nicht so leicht von weiterreichenden Aspekten der europäischen Kultur abgetrennt werden können – „auch wenn wir uns das so sehr wünschen“ (Matthew Feldman, S. 246).

Der Katalog „Art in Battle“ umfasst – neben der Dokumentation der Exponate – eine Reihe von herausragenden Aufsätzen internationaler Wissenschaftler, die anlässlich der Ausstellung von 2015 in



Frode Sandvik/Erik Tønning (eds.)
2017: Art in Battle, Stuttgart: ibidem Verlag 2017. Illustrations, 256 pp., \$110.00 (paper).

ein Gespräch miteinander eintraten. Sie arbeiten nicht nur die norwegische Kunstszene während der deutschen Besatzung auf. Besonders denkwürdig ist die im Band dokumentierte wissenschaftliche Auseinandersetzung, weil sie unangenehme Fragen aufwirft, u.a. nach der wenig aufgearbeiteten Attraktion der Verknüpfung von Ästhetik, Gewalt und Utopie, oder von einer Ästhetisierung des Rassismus und des Faschismus.

Zwar kollidiert der punktuelle Fokus des Projekts auf Norwegen und auf die Zeit des Nazismus mit der Absicht, die binäre Perspektive aufzulösen und einen erweiterten kulturellen Standpunkt einzunehmen. Der verengte Fokus wird auch den Lebensgeschichten und Entwicklungen vieler (oppositioneller) KünstlerInnen vor 1941 und nach 1945 nicht gerecht. Deshalb ‚ruft‘ der Band/der Katalog geradezu nach der langfristigen wissenschaftlichen Etablierung der Frage nach dem Zusammenhang von Kunst, Kultur und Totalitarismus: „Je mehr wir als Wissenschaftler* und Kunstkonsumenten* die NS-Kunst nur als Abweichung, als abstrakte Abirrung von der Norm begreifen, umso mehr könnten wir für die ‚unwissentliche‘ Repetition der Vergangenheit anfällig sein.“ (Jennifer Gramer, University of Wisconsin-Madison)

Ich stütze mich auf die Rezension von Jennifer Gramer (University of Wisconsin-Madison), vgl. <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=51656>.

Moralische Verletzung als moralische Macht

Eine Rezension von Jobst Paul

*Mit ihrem Werk **Moral „Injury and Nonviolent Resistance: Breaking the Cycle of Violence in the Military and Behind Bars“** legen Alice and Staughton Lynd weniger eine Summe ihres lebenslangen Engagements vor. Eher beschreiben sie eine einzelne Indikation, die ihnen während ihrer Arbeit für soziale und Bürgerrechte, in der Antikriegs- und Verweigererbewegung, in der Gefängnisreform- und Arbeiterbewegung immer wieder als zentrales Phänomen begegnet ist. Auch unter Rückgriff auf die klinische, aber auch philosophische und theologische Fachliteratur bezeichnen sie dieses Phänomen als ‚moral injury‘.*

Gemeint sind die psychischen Folgen, die Menschen erleiden, wenn sie etwas getan, beobachtet oder nicht verhindert haben, was ihre tiefsten Moralvorstellungen verletzte und erschütterte, und wenn sie sich diese Erfahrung nicht verzeihen können. Sie können sich aufgeben, zu Drogen oder Alkohol greifen oder in die Gefahr eines Selbstmords geraten. Oder aber, die Erfahrung führt dazu, dass sie ihr Leben auf den Kopf stellen, bzw. dass sie sich fortan offensiv gegen jene Gewalt richten, die sie moralisch so verletzt hat. Die Indikation ist Teil des Gesamtkomplexes der Posttraumatische Belastungsstörung (post-traumatic stress disorder - PTSD).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die englische Bezeichnung ‚moral injury‘ die Betonung auf einen Opferstatus der Betroffenen lenkt und diese damit entlastet, während deutschsprachige Bezeichnungen wie ‚Schuldsyndrom‘, ‚Schuldbewusstsein‘ oder ‚schlechtes Gewissen‘ letztlich keine gesellschaftliche Perspektive zulassen.

Alice and Staughton Lynd haben das Phänomen der ‚moral injury‘ hauptsächlich beim Militär und in Gefängnissen erlebt und widmen ihr Werk daher u.a. US-amerikanischen Kriegsveteranen oder israelischen Kriegsdienstverweigerern, aber auch hungerstreikenden Gefangenen u.a.m., die versucht haben, mit Akten des gewaltfreien Widerstands die Logik der Gewalt zu durchbrechen. Teilweise vergleichen die AutorInnen die Bedingungen in den USA und Israel.

Mit Blick auf die USA bringen die AutorInnen zur Sprache, welche Folgen die Wandlung von der Wehrpflichtigen- zur Freiwilligen-Armee hatte: Heute tragen

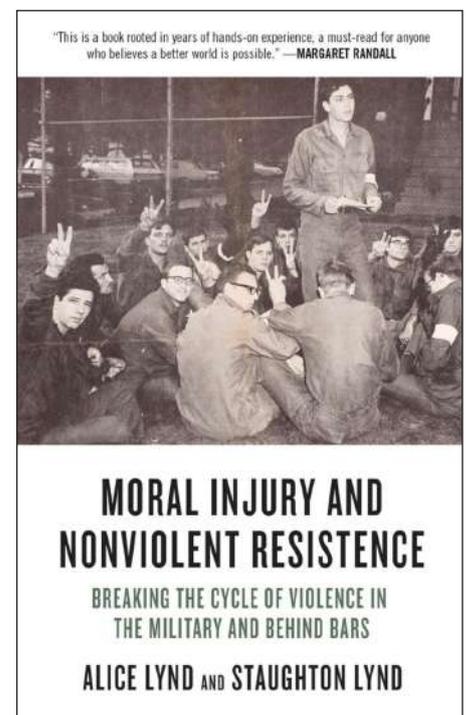
weniger als 1% der US-Bevölkerung die sich ständig abfolgenden Einsätze und entsprechend hat sich zwischen 2005 und 2015 die Selbstmordrate in den Reihen der Veteranen verdoppelt. Dabei beginnen die Erfahrungen mit ‚moral injury‘ bereits in der Ausbildung, etwa mit Maßnahmen, die der ‚De-Sensibilisierung‘ der Rekruten dienen. Hinzu kommt, dass diese Rekruten bei Vertragsabschluss in der Regel wenig oder nichts über ihre Selbstbestimmungsrechte wissen (z.B. die Einordnung in Nicht-Kampf-Einheiten) und danach jahrelang gegen ihren Willen agieren müssen. Die AutorInnen weisen zudem nach, dass viele Rekruten wenig oder nichts darüber wissen, was internationales oder Kriegsrecht ihnen auferlegt.

Wie beim Militär betrifft auch in den Gefängnissen die Indikation ‚moral injury‘ Menschen, die Gewalt ausgeübt haben und selbst Opfer sind. Gegenwärtig (2018) gibt es in den USA 1.266 000 Gefangene, darunter ca. 90 000 in Einzelhaft. Längere Einzelhaft mit ihren folterähnlichen Effekten und andere Maßnahmen dehumanisieren Menschen und perpetuieren den Zyklus von Gewalt. Gefangene, die dagegen mit gewaltfreiem Widerstand, etwa mit Hungerstreiks, reagieren, und z.B. nicht mit Revolten, arbeiten damit gegen diesen Kreislauf an und unterwerfen sich ganz bestimmten ideologischen Prozessen.

Moral Injury and Nonviolent Resistance ist daher nicht nur eine Diagnose der Verhältnisse, sondern vor allem eine Handreichung und Ermutigung für Betroffene, Aktivist:innen und Helfer:innen. Ihnen empfehlen Alice and Staughton Lynd den geduldigen Weg hin zu Methoden des friedlichen

Widerstands gegen illegale Gewalt – da der Ernst und der Wagemut eines solchen Widerstands nicht nur die ‚moral injury‘ der Betroffenen bekämpft, sondern durch seine moralische Kraft auch nach außen wirkt.

Ich stütze mich auf die H-Net-Rezension des Werks von Titus Firmin (University of New Orleans) unter <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=51172>.



Alice Lynd/Staughton Lynd: Moral Injury and Nonviolent Resistance: Breaking the Cycle of Violence in the Military and Behind Bars, Oakland: PM Press 2017, 192 pp., \$17.95 (paper).



Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)
Der Kampf um Räume
 Neoliberale und extrem rechte Konzepte
 von Hegemonie und Expansion
 Edition DISS Band 34
 224 Seiten, 19,80 Euro

Der Band widmet sich aktuellen Aneignungsweisen und Transformationen gesellschaftlicher und politischer Räume und untersucht darauf bezogene Diskurse. Im Mittelpunkt stehen urbane Räume, die unter einem gewaltigen Veränderungsdruck stehen, der die städtische Bevölkerung soziokulturell und sozialräumlich immer weiter auseinander zu rücken droht. Der zweite Schwerpunkt, »Europa als hegemoniales Raumkonzept«, beschäftigt sich mit einer globalen geopolitischen Perspektive, die sich aus der derzeitigen Krise des Euroraums ergibt.



Helmut Kellershohn,
 Wolfgang Kastrop (Hg.)
Kapitalismus und / oder Demokratie?
 Beiträge zur Kritik „marktkonformer“
 Demokratieverhältnisse
 Edition DISS Band 36, Münster: Unrast
 140 Seiten, 18 Euro.

Der Band widmet zum einen dem Verhältnis von Demokratie, Neoliberalismus und Kapitalismus. und thematisiert dabei auch die Frage einer Fundamental-Demokratisierung von Politik und Gesellschaft.

Terrorismus und Gehorsam

Eine Rezension von Jobst Paul

Bereits im Jahr 2004 legte der Psychiater und frühere CIA-Beamte Marc Sageman – damals zu Al-Qaeda¹ – eine Studie zum Phänomen des Terrorismus vor, wobei er spekulative Erklärungsansätze durch vergleichende empirische Analysen größerer Fallzahlen ersetzte. In seinem neuen Werk *Turning to Political Violence: The Emergence of Terrorism* weitet Sageman diese quantitativ-vergleichende Methodik aus, um zwei Fragen im Zusammenhang zu beantworten: Wie entsteht Terrorismus? Und: Wie entstehen Terroristen?

Dazu zieht Sageman einerseits die weit zurückreichende Geschichte und viele unterschiedliche geografische Schauplätze heran, andererseits aber auch Tagebücher, Memoiren und Berichte, um die Perspektive der Täter zu rekonstruieren. Damit verfolgt Sageman das Ziel, den Blick des Lesers von einer aktuellen Terrorangst und von aktuellen Vorstellungen über die Gestalt des Terroristen wegzulenken, um Kontinuitäten sichtbar zu machen. Der Effekt dieser Perspektivänderung besteht darin, dass die oft in den Vordergrund gestellten ideologischen Gründe für die Entstehung von Terrorismus verblassen.

Stattdessen lenkt Sageman den Blick auf sozialpsychologische Mechanismen, die einem – eigentlich – wohlbekannt sind. Danach kann die Etablierung exorbitanter Feindbilder und Appelle zur Aufopferung für die Wir-Gruppe zur Ausbildung von terroristischer Rigorosität führen – allerdings oft nicht ohne eine weitere, begünstigende Voraussetzung: Danach sind die Opfer-Staaten von Terrorismus über ihre Praktiken und Gegenmaßnahmen auch bedeutende Auslöser von politischer Gewalt: Durch ihre Handlungsweise stiften sie auf der Gegenseite erst die ‚soziale Identität‘, die Voraussetzung ist für erfolgreiche Aufrufe zum individuellen terroristischen Akt. Damit verleiht Sageman allerdings auch der kontroversen Aussage wissenschaftliche Geltung, nach der es ‚9/11‘ ohne die herausfordernde Außenpolitik der USA nicht gegeben hätte.

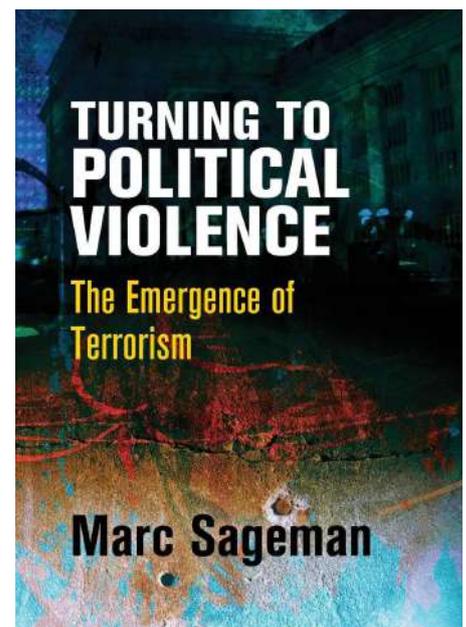
Damit fließen andererseits Ebenen zusammen, die man zunächst getrennt halten sollte, um die Erträge – und die Brisanz – des sozialpsychologischen An-

satzes von Sageman würdigen zu können. So entsprechen die beschriebenen Unterordnungs- und Gehorsamsprozesse potenzieller terroristischer Täter den Beschreibungen, die bereits die Forschungen der 1940er bis 1960er Jahre zum ‚autoritären Charakter‘ lieferten und die danach durch die Milgram-Experimente noch einmal untermauert wurden.

Davon zu trennen wäre dann die Frage, auf welche Weise Regierungen Terrorismus gegen sich und ihre Gesellschaften begünstigen. Sie dürften sich nach außen zwischen paternalistischer Herablassung und Ausbeutungskalkülen bewegen und ohne rassistische und ähnliche Rhetorik nicht auskommen, mit der ja ebenfalls innere Gehorsamsstrukturen gegen einen äußeren Feind organisiert werden sollen.

Damit kommen reziproke Strukturen in den Blick, denen nachzuspüren der umfangreiche Band viel Gelegenheit bietet. Insofern ermöglicht es *Turning to Political Violence*, das Thema Terrorismus in einem größeren Zusammenhang zu diskutieren, statt seine Untiefen durch spezialisierte Fragestellungen letztlich doch wieder unsichtbar zu machen.

Ich stütze mich auf die H-Net-Rezension von Mohammed M. Hafez (Naval Postgraduate School) unter <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=50115>.



Marc Sageman: Turning to Political Violence: The Emergence of Terrorism, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2017, 544 pp., 49.95\$ (cloth)

¹ Marc Sageman: *Understanding Terror Networks*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press 2004.

Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne

von Jürgen Link



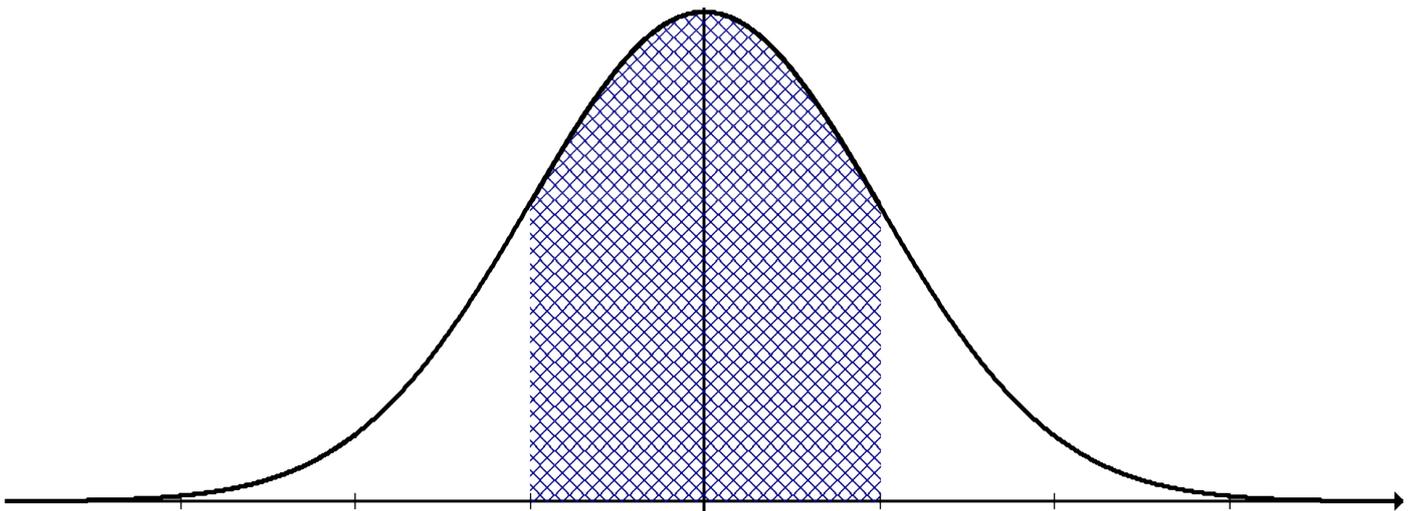
Spätestens seit der »Finanzkrise« 2007-2012 streiten zwei zeitdiagnostische Positionen: Zum einen die Vertreter der »Gelassenheit«, die großenteils nicht wissen, dass sie in Heideggers Fußtapfen marschieren. Sie sagen im Grunde: Krisen hat es immer gegeben – in linker Fassung: Der Kapitalismus ist eine ununterbrochene Krise – also sind die aktuellen Krisen nichts Besonderes, sie sind normal. Die rechte Fassung lautet: Naja, die »Finanzkrise« war schon ganz schön heavy, aber die Genies unserer Zentralbanken haben alles normalisiert. Dagegen stehen die Normalismusskeptiker, wie man sie nennen könnte. Sie diagnostizieren eine Schlag auf Schlag eskalierende Kette von Krisen mit den aktuellen Höhepunkten der sog. »Flüchtlingskrise«, der »Populismuskrise« und einer politischen Hegemoniekrise, als deren deutlichstes Symptom sie die inzwischen präkollaptive Lage der SPD und der globalen Sozialdemokratie überhaupt betrachten. Sie sagen: Die aktuelle Kumulation von Krisen ist keineswegs normal oder wieder normal, wir stecken in einem historischen Moment (Kairos) von außergewöhnlichem »Kontrollverlust«.

Dieses Patt zweier Zeitdiagnosen ist der Ausgangspunkt meines Buchs *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne*. Es beruht auf der Annahme, dass unser Kairos tatsächlich nicht normal ist, dass es zwar durchaus normale Krisen gibt, dass die aktuellen aber nicht normal sind, dass »Kontrollverlust« also Denormalisierung, Verlust der Normalität, mithin das Gegenteil der allbekannten Normalisierung bedeutet. »Kontrollverlust« weist auf »Kontrollgesellschaft«: Das ist ein theoretisches Angebot, das meines Erachtens aber nur Teilaspekte von Normalismus erfasst. Wenn die Frage lautet: Normalisierung oder Denormalisierung, dann ist theoretisch grundsätzlich zu fragen, was eigentlich »normal« bzw. umgekehrt was eigentlich »anormal« ist und wie Normalitäten produziert werden bzw.

wie sie in die Krise geraten können. Solche Fragen versucht die Normalismustheorie zu beantworten. Diese Theorie sieht sich nicht als Ersatz für Technologie-, Kapitalismus- und Demokratietheorien, sondern als deren notwendige Ergänzung. Sie stellt also auf neue Weise die Fragen: In was für einer Gesellschaft leben wir eigentlich im 21. Jahrhundert? und: Was bedeutet eigentlich die womöglich spezifische Krisenhaftigkeit des Kairos?

Die vorgeschlagene Antwort besteht in einer Analyse der Konstellation von Normalismus, Antagonismus und Postmoderne. Postmoderne, gemeinsam mit Posthistorie bzw. französisch Posthistoire so etwas wie der harte Kern einer ganzen Serie von Postismen, impliziert im Grunde eine Dialektik, die sie selten expliziert, am deutlichsten beim ursprünglichen Fukuya-

ma. Es ist als Epochenbegriff ein schwammiger Begriff, der den bereits vieldeutigen der Moderne mit einem noch mehrdeutigeren Post kombiniert. Ich schlage in meinem Buch vor, den gordischen Knoten zu durchschlagen und eine einfache Definition zu geben, die außer für Postmoderne gleich auch für Posthistorie gilt: Postmoderne ist eine historische Epoche, deren Eliten auf der Basis des Axioms denken und handeln, dass es keine historischen Antagonismen mehr gibt bzw. dass alle verbleibenden anscheinend antagonistischen Konfrontationen wie etwa die mit dem militanten Islamismus tiefenstrukturell bereits überwunden sind und sich daher mit historischer Notwendigkeit im Auslaufen befinden. Damit bin ich bei meinem zweiten Titelbegriff Antagonismus.



Das ist ein Grundbegriff der Dialektik von Hegel und Marx und etwa auch der ersten Frankfurter Schule. Aber abgesehen von Fukuyama halten die Postmodernen diesen Begriff meistens für obsolet und mit Luhmann für nicht »operativ«. Marx definiert folgendermaßen: »Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorstechenden Antagonismus [...]« (MEW 13,9). Aus entsprechenden Kontexten bei Marx geht hervor, dass Antagonismus konkret Kompromissunfähigkeit eines kollektiven, massenhaften Konflikts impliziert, einschließlich einer Tendenz zu gewaltsamer Kollision, mithin zu Krieg und/oder Bürgerkrieg bzw. Revolution. Für mein Buch ist der Zusammenhang zwischen Postmoderne und Antagonismus der Ansatzpunkt, also das Axiom von der angeblichen tiefenstrukturellen Antagonismuslosigkeit unserer Epoche. Das hat am klarsten Francis Fukuyama mit seiner These vom Ende der Geschichte ausformuliert, die genau in diesem Sinne eines Axioms zu lesen ist, das wiederum auf einer geschichtsphilosophischen und sogar strikt hegelianischen Deutung des Ereignisses vom Kollaps des Sowjetblocks beruht. Diese Deutung lautet im Klartext: Der letzte Antagonismus war nicht der ökonomisch-soziale zwischen Kapital und Arbeitskraft, sondern der rein politische zwischen kapitalistischer Demokratie und marxistischer Diktatur, so dass wir seit deren Kollaps eben keine Antagonismen mehr haben. Von diesem Axiom aus komme ich dann schließlich zu meinem dritten Begriff Normalismus. Und

zwar so: Das postmoderne Axiom von der Antagonismuslosigkeit bedeutet also so etwas wie eine tiefenstrukturelle Garantie dafür, dass alle Konflikte, die eben nicht mehr antagonistisch sein sollen, durch friedliche Kompromisse aufgelöst werden können. Ich frage nun nach der Basis dieser Garantie – was garantiert die Garantie durchgängiger Kompromissfähigkeit? Und ich antworte: Das soll der Normalismus garantieren. Womit ich beim Normalismus bin.

Meine kurze und kompakte Standarddefinition: Unter »Normalismus« sei die Gesamtheit aller sowohl diskursiven wie praktisch-intervenierenden Verfahren, Dispositive, Instanzen und Institutionen verstanden, durch die in modernen Gesellschaften »Normalitäten« produziert und reproduziert werden. Nun sagen manche: Eine Theorie des Normalismus ist überflüssig, weil allgemein bekannt ist, was normal ist. Ist das wirklich so? Seit Enzensberger Anfang der 1980er Jahre seinen Essay *Zur Verteidigung der Normalität* publizierte, wollte ich es genauer wissen – hatten wir 68er womöglich eigentlich die Normalität bekämpfen wollen und waren wir womöglich an der Normalität gescheitert? In meinem neuen Buch ist das Wesentliche dieser Theorie nochmals zusammengefasst, upgedatet und an aktuellen Entwicklungen verdeutlicht. Der Kernpunkt, den ich u.a. gegen Luhmann, aber auch in Auseinandersetzung mit Negri und Hardt entwickle, ist ein historischer: Normalismus im engen Sinne ist eine erst in der Moderne entstandene Klaviatur sozialer Regulierung. Und zwar deshalb, weil sie flächendeckende und routinemäßige Verdattung aller relevanten Massen von Objekten und Subjekten, also Menschen, voraussetzt, über die frü-

here Gesellschaften nicht verfügten. Das ist also die These, dass moderne Gesellschaften sicher wissenschaftlich-technische Gesellschaften, kapitalistische Gesellschaften, massendemokratische usw. Gesellschaften sind, aber eben auch verdattete Gesellschaften, was oft vergessen wird, obwohl es jüngst im Kontext von Big Data nicht mehr zu übersehen ist (ein Kapitel meines Buchs handelt von Big Data und fragt, was Big Data für den Normalismus bedeutet). Normalismus setzt also Verdattung voraus, ist aber nicht identisch damit. Normalismus ist eine Klaviatur sozialer Regulierung, die an »normalen« Massenverteilungen interessiert ist und solche Verteilungen durch aktive Intervention, etwa soziale Kompensierungen, herzustellen versucht, wo sie fehlen. Deshalb das Ideal der mittigen Normalverteilung und des schlangenförmigen Normalwachstums. Diese beiden Kurven sind sozusagen die Seele einer normalistischen Kurvenlandschaft, wie ich sage. Und diese Kurvenlandschaft liegt der sogenannten »Sprache der Märkte« und auch einem großen Teil der massenmedialen äußeren und inneren Bildschirme zugrunde, an denen sich der »Normalbürger«, wie Frau Kramp-Karrenbauer sagt, bzw. der »Normalmensch«, der mit Angela Merkels »Menschen« gemeint ist, orientiert. Dorther also weiß der Normalbürger, was normal ist, wo die Normalität aufhört, also die Normalitätsgrenze liegt, und was folglich nicht normal und damit anormal ist.

Mein Kapitel 12 heißt: Die normalistische Kurvenlandschaft in den Medien – Subjektivierung »objektiver« Daten – Arbeit an der Normalisierung von Antagonismen. (Um neugierig zu machen, auch noch der Titel des Abschnitts 12.10: Die

Unfragbarkeit des generativen Prozesses und der normalistische Orpheus-Komplex.) In diesem Kapitel geht es also um eine Medientheorie, in der die ständige Normalisierung der öffentlichen Meinung analysiert wird.

Wie hängen nun, was sozusagen das theoretische Knochengerüst des Buches betrifft, Normalismus und Antagonismus zusammen? Auch ich kritisiere, in diesem Punkt wie Luhmann, die dialektische Fassung des Antagonismusbegriffs als nicht operativ. Ich schlage daher eine neue Fassung dieses Begriffs vor: Antagonismus in operativer Fassung heißt irreversible, also unumkehrbar eskalierende und schließlich »ausbrechende« Denormalisierung. Diese Definition ist also die Konsequenz der These, dass die implizite Garantie des postmodernen Axioms von der Antagonismuslosigkeit und damit von der universellen Kompromissfähigkeit von Konflikten eben der Normalismus ist. Diese These ist nicht nur meines Erachtens falsch und unbegründet, wie es ja die zunehmende Gewaltförmigkeit in unserer postmodernen Welt auch ganz ohne theoretische Begründung nahelegt. Was aber Theorie nicht überflüssig macht, weil die Frage nach Auswegen oder auch nur »Fluchtlinien«, wie es bei Deleuze und Guattari heißt, auf Theorie, allerdings eine praktisch anwendbare Theorie, verwiesen bleibt. Wenn demnach die scheinbare Garantie für das Axiom der tiefenstrukturellen Antagonismuslosigkeit in der Postmoderne auf dem impliziten Vertrauen in einen sozusagen unschlagbaren Normalismus beruht, dann besteht operative Analyse von Antagonismen in der Analyse der Grenzen des Normalismus und der Tendenzen irreversibler Denormalisierung. Das führt in Überlegungen, die man in dem Buch nachlesen kann und die im Einzelnen nicht kurz »herunterzubrechen« sind, wie der Jargon lautet. Da gibt es auch zugegebenermaßen schwierige, doch nicht unzugängliche Abschnitte. Das ist aber immer auch ein über große Strecken leichter zu lesendes empiriebezogenes Programm, das sich auf aktuelle Krisentendenzen bezieht, wie es in meinem Untertitel heißt: Krise, New Normal, Populismus.

Das theoretische Knochengerüst des Buches ist also durchgängig mit dem Fleisch aktuell empirischer Krisenentwicklungen gefüllt. Die Populismuskrise zum Beispiel besteht meines Erachtens strukturell darin, dass die Demokratie des Modells Deutschland präzise als Normaldemokratie mit einem politischen Normalisierungsspektrum sowie einem entsprechenden

zweigeteilten (rechts/links) Anormalisierungsspektrum funktioniert, dass das Normalisierungsspektrum Normalparteien definiert und also per definitionem antagonistisch ist und dass die Populisten aber Antagonismen artikulieren. Die populistische »Störung« liegt demnach darin, dass das postmoderne Axiom der Antagonismuslosigkeit auf spezifisch politischer Ebene gestört wird. Das kann man also genauer in meinem Buch nachlesen, wo ich dann auch die kontroverse Populismustheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in der der Antagonismusbegriff in einer m.E. »subjektiv« verengten Fassung eine zentrale Rolle spielt, ausführlich diskutiere.

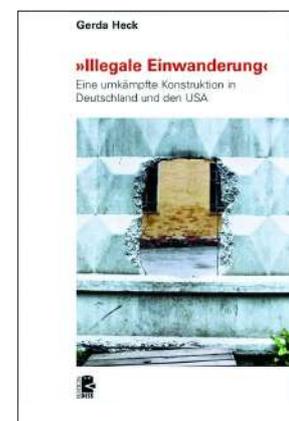
Die Analyse der »Flüchtlingskrise« schließlich setzt das Kapitel über globale Normalitätsklassen voraus, das hier nicht resümiert werden kann. Diese Krise ist der Musterfall einer womöglich irreversiblen Denormalisierung, wie es schon der zeitweilige Kollaps der Verdattung im Jahre 2015 erweist. Was also, wenn normalistisches Management in Fällen wie exemplarisch der »Flüchtlingskrise« kollabiert? Muss der Normalismus dann notständig, sonderpolizeilich oder sogar militärisch verteidigt werden? Oder wäre das die paradoxe Selbstbeseitigung von Normalitäten und am Ende des Normalismus insgesamt? Aber gibt es denn überhaupt Alternativen zum Normalismus, also so etwas wie transnormalistische Auswege? Dieses Problem diskutiere ich im letzten Teil meines Buches. Das ist zum Lesen gedacht, aber einen Punkt will ich abschließend nennen: Ich denke, dass als Voraussetzung das faktische Diskussionsverbot von Antagonismen im hegemonialen, also normaldemokratischen mediopolitischen Diskurs durchbrochen werden muss. Die Artikulation von Antagonismen und die Erörterung ihrer Behandlungsmöglichkeiten darf nicht dem sogenannten Rechtspopulismus, der im Wesentlichen ein Neorassismus ist, überlassen bleiben. So begrüßenswert demokratische Massendemonstrationen sind: Mit »Herz statt Hetze« ist es nicht getan – das ist eine Parole, die ganz im Sinne des postmodernen flexiblen Normalismus Antagonismen leugnet. Mein Buch läuft, soviel sei verraten, auf Leugnung dieser Leugnung heraus, und zwar, wie ich denke, ganz operativ.

Jürgen Link: Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne. Krise, New Normal, Populismus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, 439 S., 50 Euro.



Semra Çelik
Grenzen und Grenzgänger
Diskursive Positionierungen im
Kontext türkischer Einwanderung
Edition DISS: Band 12
288 Seiten, 20 Euro

Die diskursanalytische Untersuchung arbeitet heraus, welche nationalen Selbst- und Fremdbilder türkische Migrantinnen in Deutschland wahrnehmen und wie sie sich anhand dieser „ethnisch“ positionieren. Dabei zeigt sich u.a., dass sie im Zusammenspiel von Begrenzung und Wahlfreiheit die ihnen diskursiv zugeschriebenen 'türkischen' Identitäten (re-)produzieren.



Gerda Heck
„Illegale Einwanderung“
Eine umkämpfte Konstruktion in
Deutschland und den USA
Edition DISS: Band 17
280 Seiten, 24 Euro

Obwohl die staatliche Seite Einwanderung mittels Kontrolle zu unterbinden versucht, produziert diese Kontrolle genau das, was sie eigentlich verhindern soll: den "illegalen Einwanderer". Im Mittelpunkt dieser Studie stehen die verschiedenen Akteure, die in das Migrationsgeschehen und die Debatte eingreifen.



Rolf van Raden / Siegfried Jäger (Hg.)
Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte
 Edition DISS: Band 29
 Münster: Unrast, 240 Seiten, 24 Euro

Gegenwärtige Medienkritik thematisiert nicht nur den Einfluss von Medien auf politisch-soziale Diskurse sowie den Einfluss dieser Diskurse auf die Medien. Das, was in Medien gesagt werden kann, spielt eine wichtige Rolle für das Wissen der Menschen, für ihre Selbstbilder und Handlungsspielräume – kurz: für das, was die Sozialwissenschaft als Subjektivierung bezeichnet. Namhafte Wissenschaftler*innen und Journalisten untersuchen das schwierige Verhältnis von medialer Öffentlichkeit und Massenbewusstsein.



Wulf D. Hund (Hg.)
Faul, fremd und frei. Dimensionen des Zigeunerstereotyps.
 Edition DISS: Band 35
 Münster: Unrast, 255 Seiten, 19,80 €

Die zentralen Elemente des Zigeunerstereotyps werden bis heute fortgeschrieben. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei.

Neuaufgabe von ›Zigeuner. Geschichte und Struktur einer Konstruktion‹ und ›Zigeunerbilder. Schnittmuster rassistischer Ideologie‹

Handlungsfähigkeit zurückgewinnen

Jobst Paul legt Leitfaden zur Analyse der Rhetorik der Herabsetzung vor

Mit dem Motto ‚Rassismus tötet‘ erinnerten im Jahr 2012 Initiativen überall in Deutschland an die rassistischen Anschläge von Hoyerswerda, Mannheim, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen. Im Jahr 2017 hat es in Deutschland 2219 Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte gegeben. In der ersten Hälfte 2018 wurden in Deutschland 627 Übergriffe auf Flüchtlinge außerhalb von Flüchtlingsunterkünften sowie 77 Attacken auf Unterkünfte gezählt. Im Oktober 2018 schickte ein ‚white supremacist‘ Briefbomben an Trump-kritische PolitikerInnen und ein Antisemit richtete in einer Synagoge in Pittsburgh ein Blutbad an. Beide beriefen sich auf die von Trump und rechten Medien verbreiteten Feindbilder und Angstszenerien.

Ohne ‚Sprecher‘, die – wie Trump – als Einpeitscher auftreten und herabsetzende Parolen ausgeben, und ohne Menschen, die sich ihnen und ihren Parolen anschließen und unterwerfen, wären die meisten dieser Anschläge und Gewalttaten kaum denkbar. Dies ist aber nicht die einzige Lehre, die hinter dem Motto ‚Rassismus tötet‘ steht. Die nicht weniger wichtige, zweite Lehre betrifft die Rhetorik der Herabsetzung selbst: Wie ist es denkbar, dass wenige Schlagworte, Aussagen und ‚Geschichten‘ genügen, Menschen zu willfährigen Fanatikern und Gewalttätern in der Hand von ‚Sprechern‘ wie Donald Trump und jetzt Jair Bolsonaro in Brasilien zu machen?

Um eine Antwort zu finden, legt Jobst Paul nun die methodischen Grundzüge

einer Binarismus-Analyse vor, die als Teil der Werkzeugkiste der Kritischen Diskursanalyse gedacht ist.

Unter dem Titel ‚Der binäre Code – Leitfaden zur Analyse herabsetzender Aussagen und Texte‘, der soeben im Wochenschau-Verlag erschienen ist, werden sozialpsychologische mit sprach- und kulturkritischen Analyseschritten verknüpft. Mit seinem ‚Leitfaden‘ publiziert Jobst Paul nunmehr eine für die pädagogische und sprachkritische Praxis gedachte, allgemein verständliche Zusammenfassung seiner bisherigen Arbeiten zum Themenbereich der verbalen und visuellen Dehumanisierung. In zehn Kapiteln und wohl erstmal in dieser elementaren Form wird damit ein Bestand von sprachlichem, psychologischem und kulturellem Basiswissen zur Rhetorik der Herabsetzung formuliert.

Das Werk ist von der Überzeugung geprägt, dass die konkrete Analyse herabsetzender Aussagen und Texte neue emanzipative Kompetenzen und Energien für die kulturelle und politische Handlungsfähigkeit vermitteln kann. Zugleich bietet der Leitfaden allen, die pädagogisch, journalistisch und politisch tätig sind, Anstöße zur nachhaltigen Reflexion und Kommunikation.

Für Studium, Workshops und die Weiterbildung ist der Leitfaden darüber hinaus mit der DISS-eigenen Website DISSLit [<http://www.diss-uisburg.de/disslit/>] abgestimmt – er verweist jeweils auf die dort in über 30 Stichworten zusammengestellte, weiterführende Literatur.



Jobst Paul: Der Binäre Code. Leitfaden zur Analyse herabsetzender Texte und Aussagen, Frankfurt am Main: Wochenschau-Verlag 2018, 160 S., 14,90 €, E-Book: 11,99 €